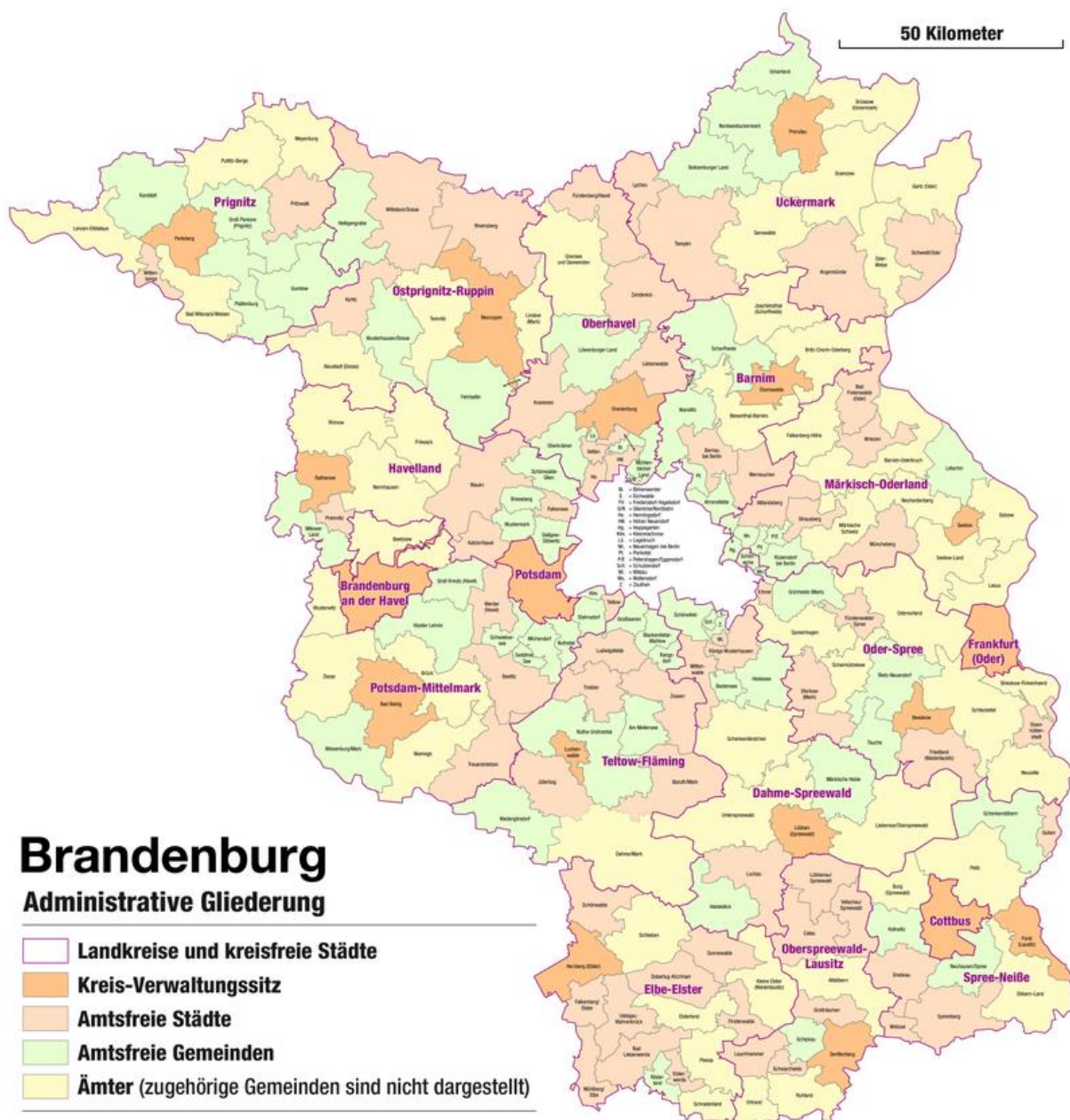


Thomas Falkner & Horst Kahrs

Der AfD-Wahlerfolg in Brandenburg bei der Landtagswahl am 1. September 2019

SOZIALE MERKMALE UND ERKLÄRUNGSFAKTOREN



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Soziale Merkmale des Landesergebnisses der AfD	5
Alter und Geschlecht	6
Ein "harter Kern" von Wählern und Wählerinnen rechter Parteien	8
Bildung und Berufstätigkeit	10
Beginnende Herausbildung einer Stammwählerschaft	12
Ideologische Nähe und politische Einstellungen	13
Schwäche der Wettbewerber	15
Erklärungsfaktoren für (überdurchschnittliche) AfD-Ergebnisse	18
Demografischer Wandel	18
Regionale Disparitäten	20
Strukturwandel	23
Lange historische Linien	26
Kraft und Potenzen der AfD	29
Verzeichnis der Abbildungen	31

Die Autoren:

Thomas Falkner arbeitet als Grundsatzreferent bei der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg. Horst Kahrs arbeitet als Referent für Demokratie und Wahlen, Klassen und Sozialstruktur im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Einleitung

Die Wahl zum 7. Landtag Brandenburg am 1. September 2019 endete für die AfD mit einem großen Erfolg. Mit 23,5% der Zweitstimmen verdoppelte sie nahezu ihr Ergebnis von 2014 (12,2%) und stieg zur zweitstärksten Partei im Land auf. Statt 11 stellt sie jetzt 23 von 88 Abgeordneten, darunter 15 direkt gewählte. In 20 der 44 Wahlkreise entfielen mit 24,4% bis 36,0% der gültigen Stimmen die meisten Zweitstimmen auf die AfD. In den Wahlkreisen Oberspreewald-Lausitz I und Spree-Neiße II erzielte sie mit 22,5 bzw. 22,8 Prozentpunkten die größten Zuwächse. In 22 Gemeinden erhielt die Partei über 40% der Zweitstimmen, in Hirschfeld und Heinersbrück Spitzenwerte von 50,6% und 50,5%. Im Landesdurchschnitt entschieden sich für die AfD 14,2% aller Wahlberechtigten Brandenburgs, in 53 Gemeinden mehr als jeder fünfte, in drei Gemeinden sogar über 30%. Die Hochburgen der AfD ballen sich vor allem im Süden und Osten des Landes, in der Lausitz und der Grenzregion zu Polen.

In unserer kleinen Studie tragen wir Erkenntnisse über die Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft, regionale Besonderheiten, sozialen Wandel und historische Linien zusammen und fragen, inwieweit auch die Schwäche anderer Parteien den AfD-Erfolg ermöglichte. Die eine monokausale Erklärung für den Aufstieg der AfD gibt es aus unserer Sicht nicht.¹ Einflussfaktoren verschiedener Ebenen wirken zusammen. Regionale (sozialräumliche) Ungleichheiten und ihre lebensweltliche Wahrnehmung spielen eine Rolle, ebenso eine allgemeine eher unspezifische Unzufriedenheit wie auch eine besondere Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage, das Gefühl, nicht zu bekommen, was einem zusteht. Die relative Dominanz der Themen "Kriminalität, Innere Sicherheit" und "Zuwanderung, Islam" bei der Wahlentscheidung für die AfD spricht dafür, dass die AfD ein ideologisches Muster der politischen Komplexitätsreduktion anbietet, welches ein großes, affektiv und emotional gefärbtes Erklärungspotential bietet und die beiden Gefühlswelten, verlassen und hinter andere (Zugewanderte) zurückgesetzt worden zu sein, politisch adressiert. Wirkmächtig ist dies nicht zuletzt, weil es einen "harten Kern" von Wählern und Wählerinnen weit rechts agierender Parteien in Brandenburg schon lange vor den AfD-Erfolgen gab. Auch gelingt es der AfD, "schlummernde" nationalistische und rassistische Einstellungen anzusprechen und wieder gesondert politisch zu formieren.

¹ Ein knapper kritischer Überblick über die wichtigsten Erklärungsansätze findet sich bei Daniel Mullis und Paul Zschocke: Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD - Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, PRIF-Report 5/2019, Frankfurt/M. 2019.

Abbildung 1: Landtagswahl 2019 - Gewonnene Direktmandate

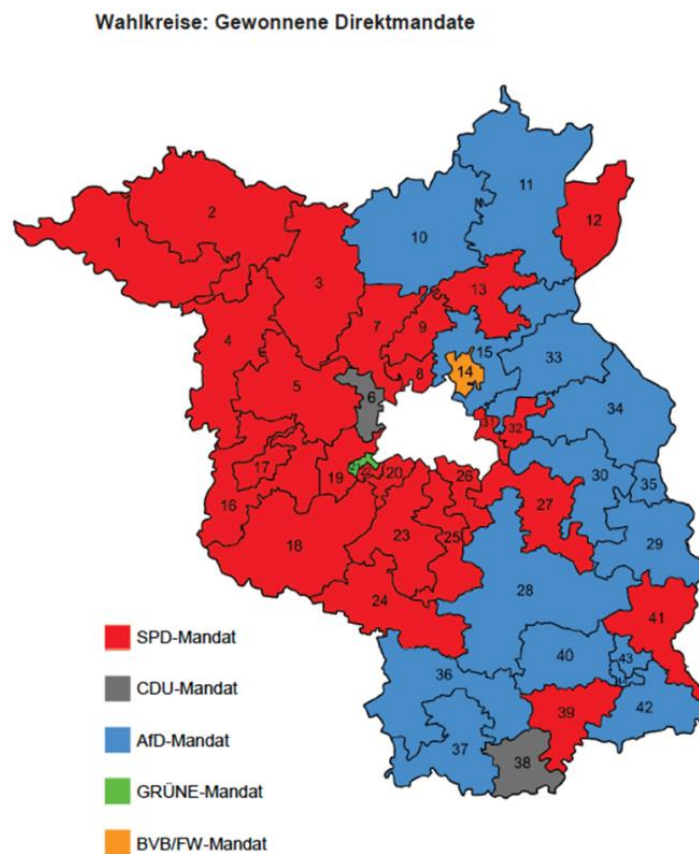
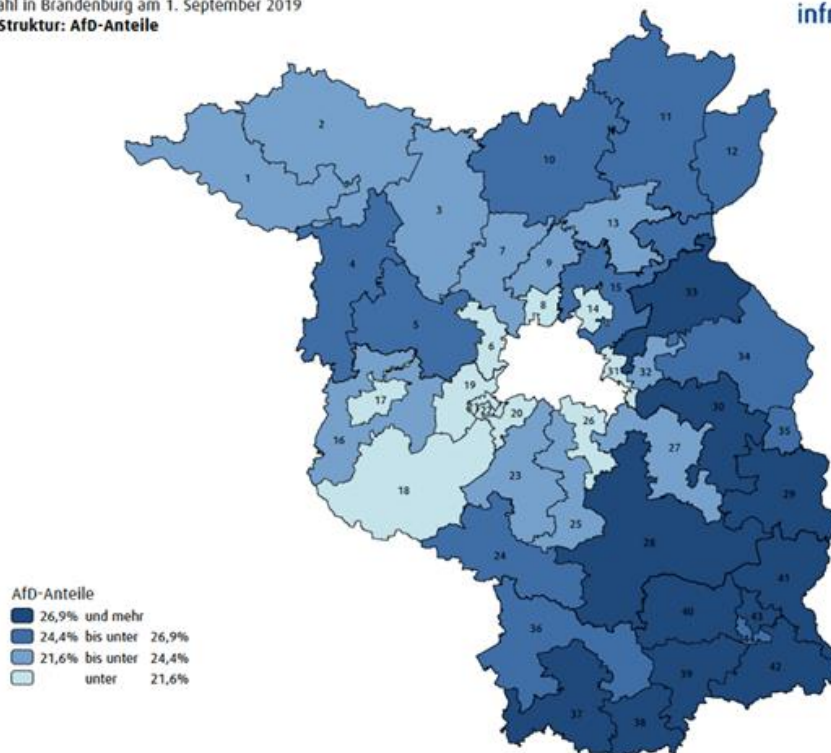


Abbildung 2: Landtagswahl 2019 – AfD-Zweitstimmenanteile in den Wahlkreisen

Landtagswahl in Brandenburg am 1. September 2019
Politische Struktur: AfD-Anteile

infratest dimap



Soziale Merkmale des Landesergebnisses der AfD

Die Wählerschaft der AfD in Brandenburg unterscheidet sich hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung im Grunde nicht von derjenigen in anderen Bundesländern. Sie erhält Stimmen aus allen sozialen Schichten und Altersgruppen. Überdurchschnittlich gewählt wird sie von erwerbstätigen Männern mit mittleren Bildungsabschlüssen. Und in Regionen, die in der Regel eine starke Deindustrialisierung erlebt haben, aus denen überdurchschnittlich viele Einwohner in der ersten Hälfte ihres Erwerbslebens abwanderten bzw. abwandern, in denen folglich wenig Kindern und viele Rentnerinnen und Rentner leben und ein deutlicher Überschuss an Männern im heiratsfähigen Alter herrscht. Hinzukommen, meist in Verbindung mit einer niedrigen Bevölkerungsdichte, große Lücken in der öffentlichen Infrastruktur und eine geringe oder gänzlich fehlende ökonomische Dynamik. Dieses Muster findet sich in allen ostdeutschen Flächenländern wie auch in den westdeutschen Hochburgen der AfD. Darüber sollte jedoch nicht aus dem Blick geraten, dass reichlich Zustimmung auch aus strukturstarken Regionen und ökonomisch situierten Schichten kommt.

Die hohe Zustimmung für die AfD im rot-rot regierten Brandenburg generell wie die Herausbildung regionaler Hochburgen kündigten sich bereits seit 2016 in Umfragen an. Zwischenzeitliche Wahlen bestätigten diese Hinwendung zu einer mehr und mehr völkisch-nationalistisch, gegen »das System« und »die Politik« agitierenden Partei. Bei der Bundestagswahl 2017 wählten 301.103 Brandenburgerinnen und Brandenburger mit ihrer Zweitstimme die AfD (20,2% der Zweitstimmen). Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019 machten 19,9% der Wählerinnen und Wähler die AfD zur stärksten Partei. Bei den parallel stattfindenden Kommunalwahlen erreichte sie landesweit 15,9%, trotz teilweise konkurrierender lokaler Wählervereinigungen. In der kreisfreien Stadt Cottbus und dem Landkreis Spree-Neiße stellt sie die stärkste Fraktion, die Zahl ihrer Mandate in den Stadträten und Kreistagen stieg von 39 auf 153, ein enormer Zuwachs an lokaler Verankerung. Bei der Landtagswahl stimmten 297.484 Personen für die AfD-Liste – bei einer gegenüber der Bundestagswahl um 12 Prozentpunkte niedrigeren Wahlbeteiligung: Die AfD vermochte ihre Anhängerschaft bei weitem besser zu mobilisieren als alle anderen Parteien.

Bei ihren erstmaligen Wahlantritten 2013/2014 steigerte die AfD zwar regelmäßig ihre Stimmenanteile von 6,0% bei der Bundestagswahl 2013 über 8,5% bei der Europa-Wahl im Mai 2014 auf schließlich 12,2% bei der Landtagswahl im Herbst 2014.

Jedoch blieb sie, gemessen an der Zahl aller Wahlberechtigten noch deutlich unter 6%. Das änderte sich bei der Bundestagswahl 2017 schlagartig: Mit 20,2% der gültigen Zweitstimmen repräsentierte sie nun 14,7% aller Wahlberechtigten. Der Blick auf die Zusammensetzung dieser Zuwächse kann das Bild der AfD-Wählerschaft verfeinern.

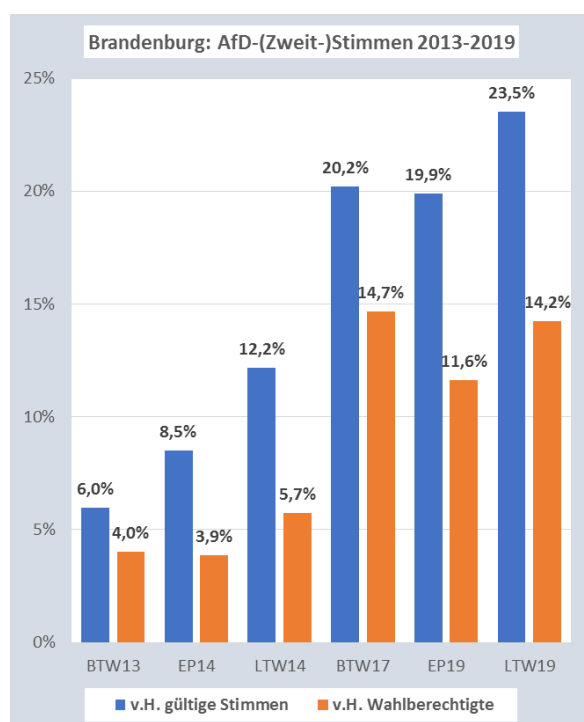


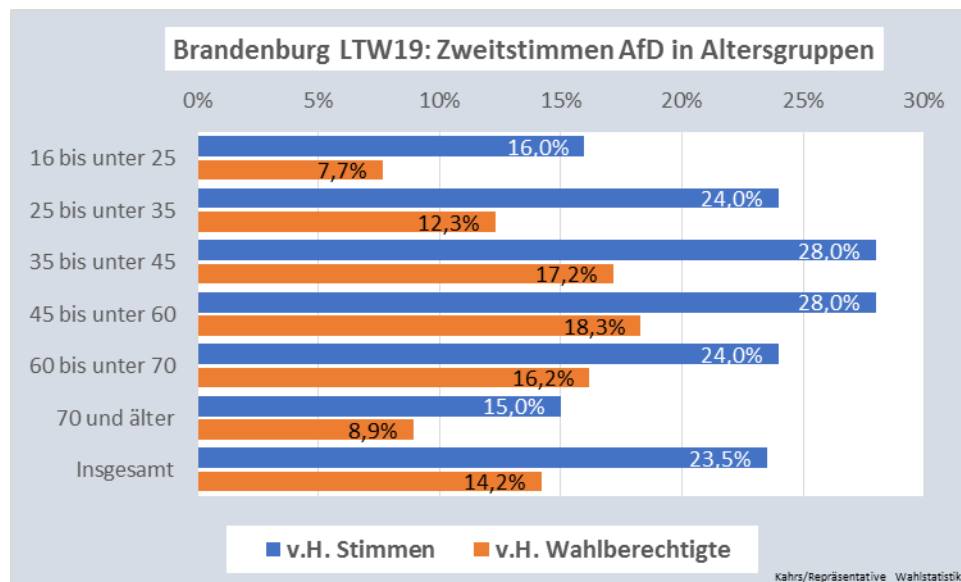
Abbildung 3: AfD-Zweitstimmen bei landesweiten Wahlen 2013-2019

Alter und Geschlecht

Die AfD wurde und wird weit überdurchschnittlich von Männern gewählt. Von den Wählerinnen erhielt die AfD bei der Landtagswahl laut der Repräsentativen Wahlstatistik² 17,3% der gültigen Zweitstimmen, von den Wählern hingegen 29,9%. Unter Männern ist sie damit zur stärksten Partei in Brandenburg geworden, die SPD folgt mit 23,5% vor der CDU (14,7%), der Linkspartei (10,6%) und den Grünen (9,7%). Bei den Wählerinnen dominiert die SPD mit 28,8%, deutlich vor der AfD (17,3%), der CDU (16,4%), den Grünen (11,9%) und DIE LINKE (10,8%).

Die Differenz von 12,6 Prozentpunkten im Wahlverhalten der Geschlechter zu Gunsten der Männer ist bei der AfD außerordentlich hoch. Entsprechend ist bei den anderen Parteien umgekehrt die Zustimmung von Wählerinnen höher als die von Wählern, wobei der größte Vorsprung der Wählerinnen mit 5,3 Prozentpunkten bei der SPD liegt und deutlich kleiner ist als der Unterschied bei der AfD. Zwar wird die AfD in allen Altersgruppen häufiger von Männern als von Frauen gewählt, allerdings ist der Unterschied mit 5,5 Prozentpunkten bei den 16-24-jährigen relativ gering, bei den 35-44-jährigen mit 14,2 Prozentpunkten, den 45-59-jährigen mit 15 Prozentpunkten sowie den 60-69-jährigen mit 13,1 Prozentpunkten überdurchschnittlich hoch.

Abbildung 4: AfD-Zweitstimmen LTW19 nach Geschlecht



Das Wahlverhalten bei der Landtagswahl variiert nicht nur zwischen Männern und Frauen stark, sondern auch zwischen den Altersgruppen. Bei den unter 25-jährigen Männern und Frauen liegen die Grünen mit 28,3% bzw. 34,2% deutlich, um mindestens zehn Punkte, vor allen anderen Parteien. Bei den 25-34-jährigen Männern erzielt die AfD mit 28,3% bereits den bei weitem höchsten Anteil, gefolgt von der SPD mit 15,4%, bei den 35-44-jährigen Männern erreicht die AfD 35,0%. Bei den Frauen in diese beiden Altersgruppen liegen hingegen AfD und SPD mit jeweils einem Fünftel der Stimmen gleichauf und bei den 45-59-jährigen Frauen liegt die SPD mit 24,5% vor der AfD (20,4%), während letztere hier mit 35,4% ihren Bestwert erzielt und klar vor der SPD (20,7%) liegt.

² Alle Zahlen zu Alter und Geschlecht basieren auf der jeweiligen Repräsentativen Wahlstatistik. Für 2019 siehe: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2019/downloads.html>

Abbildung 5: Tabelle LTW19 Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

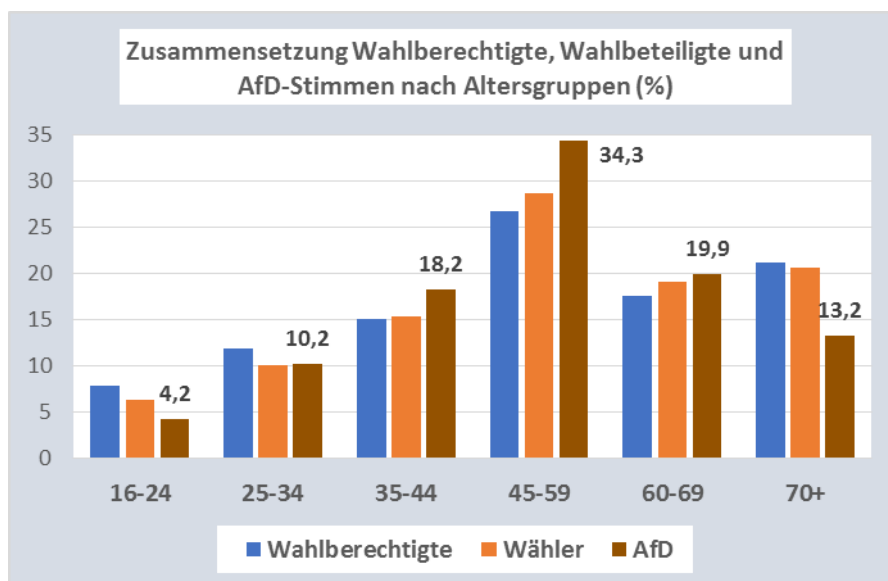
Brandenburg LTW 19: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht (Zweitstimmen)									
Altersgruppe	G	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	BVB	AfD	Sonstige
16 bis unter 25	M	8,5%	12,3%	28,3%	11,4%	9,3%	3,6%	18,3%	8,5%
	F	11,3%	9,4%	34,2%	8,5%	5,3%	4,2%	12,8%	14,4%
25 bis unter 35	M	11,4%	15,4%	14,5%	11,9%	4,3%	5,8%	28,3%	8,5%
	F	10,6%	19,3%	15,8%	14,0%	4,3%	6,2%	19,2%	10,6%
35 bis unter 45	M	9,0%	15,8%	11,7%	13,3%	4,4%	5,9%	35,0%	5,1%
	F	7,7%	19,6%	14,7%	16,1%	5,8%	7,9%	20,8%	7,5%
45 bis unter 60	M	8,2%	20,7%	9,4%	16,0%	4,3%	4,1%	35,4%	2,0%
	F	9,9%	24,5%	12,5%	16,8%	4,8%	6,4%	20,4%	4,8%
60 bis unter 70	M	12,9%	27,1%	5,5%	15,0%	3,0%	4,4%	31,1%	1,0%
	F	11,5%	34,4%	8,5%	15,6%	3,7%	5,9%	18,0%	2,4%
70 und älter	M	14,0%	39,6%	3,7%	16,2%	2,1%	3,3%	20,4%	0,7%
	F	13,1%	44,7%	4,4%	20,1%	2,4%	3,2%	10,8%	1,1%
Insgesamt	M	10,6%	23,5%	9,7%	14,7%	4,0%	4,4%	29,9%	3,1%
	F	10,8%	28,8%	11,9%	16,4%	4,2%	5,6%	17,3%	5,1%

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik

Der überdurchschnittliche Männer-Anteil in der AfD-Wählerschaft resultiert vor allem aus einem überdurchschnittlichen Anteil von 35-59jährigen Männern. In diese Altersgruppen stieg die Wahlbeteiligung statt wie insgesamt um gut 12 Prozentpunkte um bis zu 22 Prozentpunkte, also stark überdurchschnittlich an, zu ihnen gehören 44,1% der männlichen und (nur) 39,6% der weiblichen Wahlberechtigten. Insbesondere in der Altersgruppe der 45-59jährigen lag die Wahlbeteiligung der Männer mit über 68% höher als bei Frauen (knapp 64%).

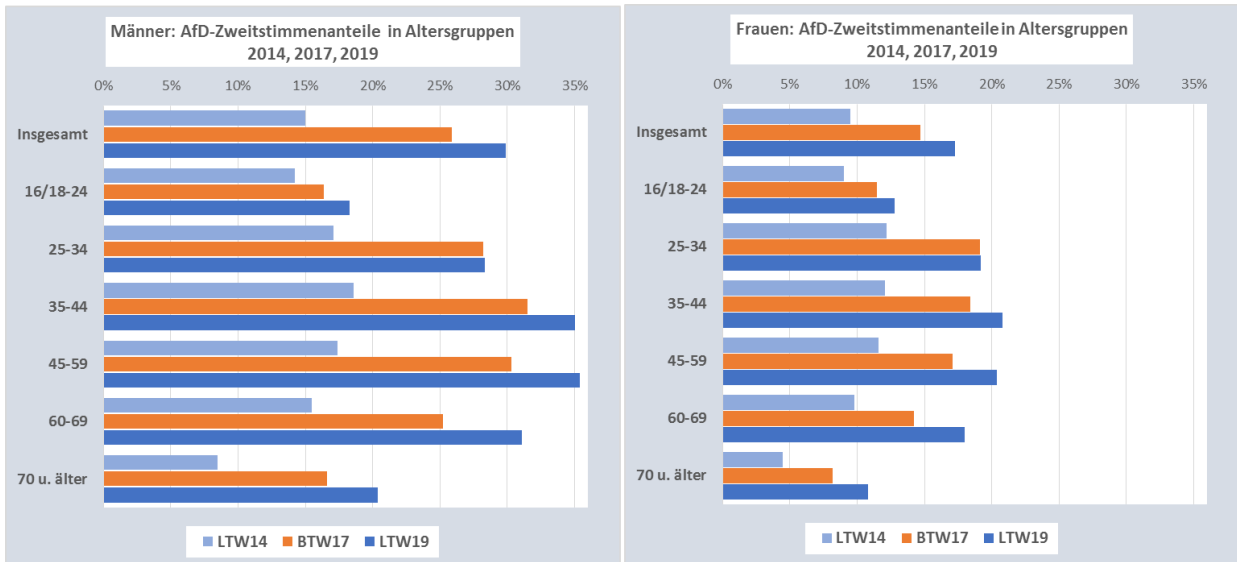
Die 35-44jährigen stellen 15,7% aller Wähler und 18,4% der AfD-Wähler (Frauen dieser Altersgruppe: 15% aller und 18% der AfD-Wählerinnen). Die Altersgruppe der 45-59jährigen Wähler macht 30,1% aller Wähler aus, aber 35,7% der AfD-Wähler (Frauen: 27,1% aller und 32% der AfD-Wählerinnen). Die "mittleren" Altersjahrgänge sind unter AfD-Anhängerinnen und -Anhängern jeweils gleich stark überrepräsentiert, wobei die Männer dieser Altersgruppen den bei weitem größeren Anteil an allen AfD-Wählern haben.

Abbildung 6: Zusammensetzung Wahlberechtigte, Wähler, AfD-Wähler



Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2017 in Brandenburg und der Landtagswahl 2014 sind es die Altersgruppen von 35 bis 69 Jahren, in denen die AfD ihre Stimmenanteile nicht nur insgesamt stark verbesserte, sondern gerade auch noch einmal gegenüber der Bundestagswahl, und zwar unabhängig vom Geschlecht. Bei den unter 35jährigen war dies nicht bzw. in nur in geringerem Maße der Fall.

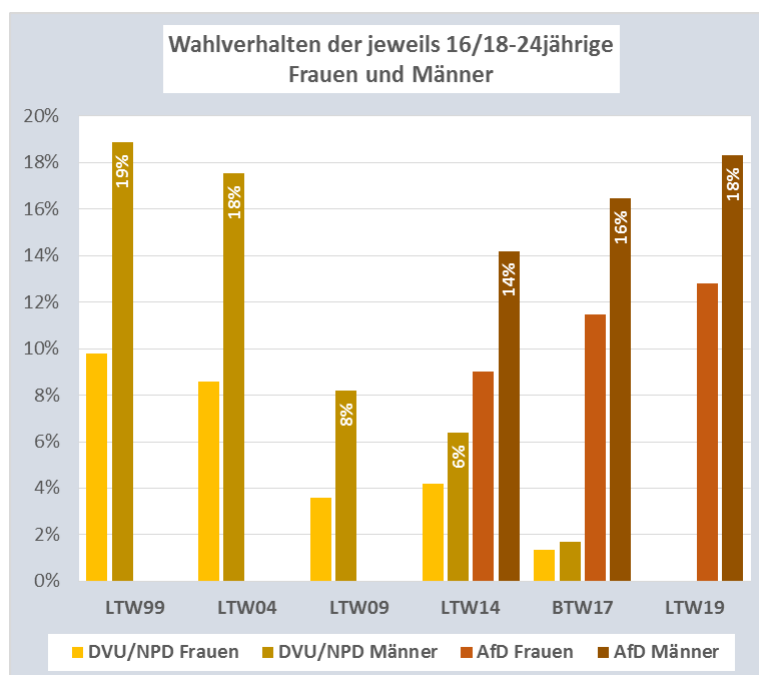
Abbildung 7: Männer, Frauen, Altersgruppen 2014-2019



Ein "harter Kern" von Wählern und Wählerinnen rechter Parteien

Die AfD-Wahlerfolge seit 2014 gehen nicht auf eine plötzliche politische Umorientierung der Wählerinnen und Wähler zurück. Eher kann seit 20 Jahren von einem harten Kern rechter Stimmen gesprochen werden, der im Blick auf die jeweiligen Gesamtergebnisse der Landtagswahlen in seiner Bedeutung vielfach unterschätzt wurde. Die tatsächliche Relevanz zeigt sich erst mit dem Blick auf das Wahlverhalten in Alterskohorten.

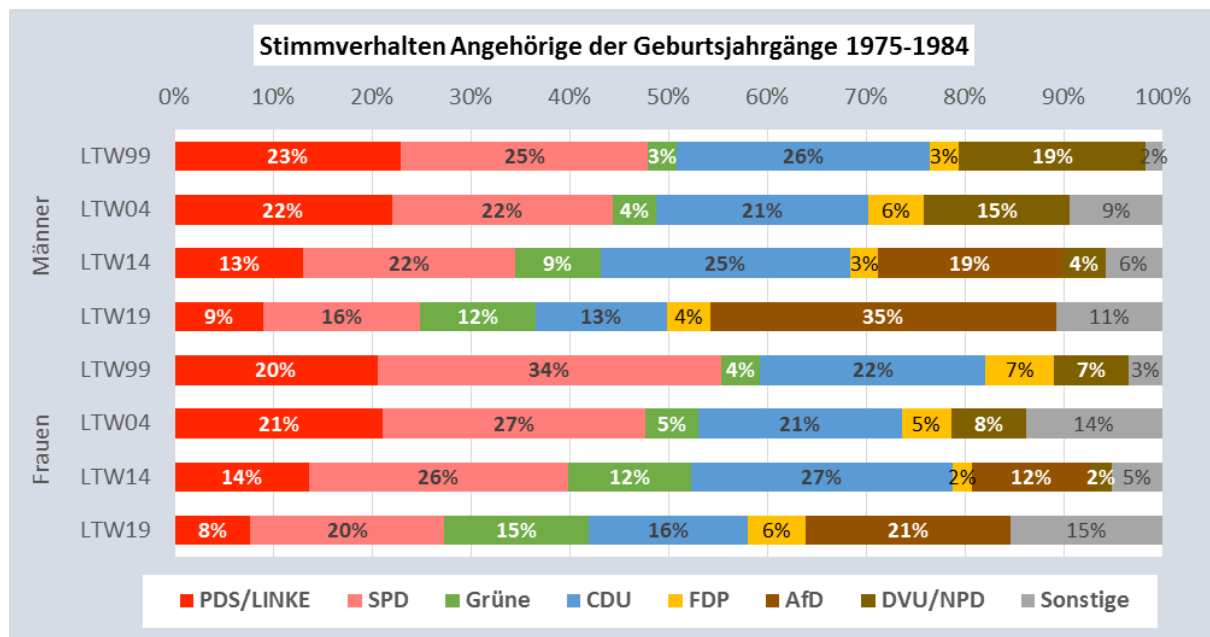
Abbildung 8: Wahlverhalten 18-24J 1999-2019



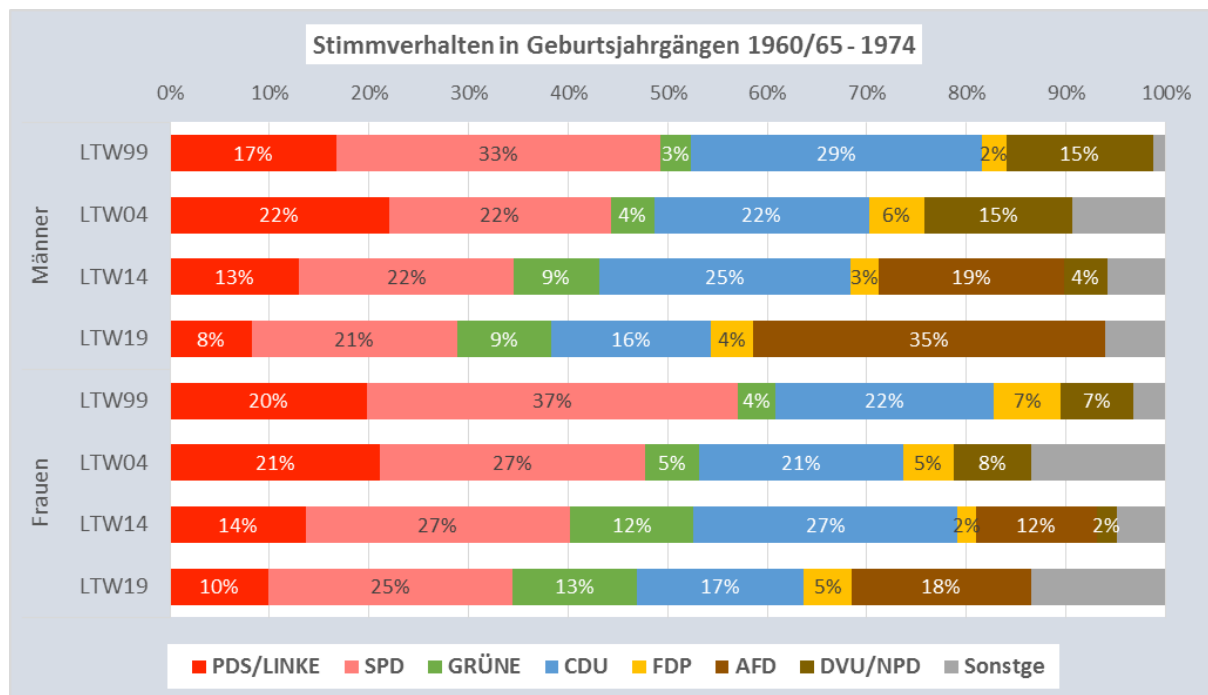
Gerade die jeweils 18- bzw. 16-24jährigen Männer hatten bereits seit 20 Jahren eine hohe Affinität zu Rechtsaußen-Parteien. Bei der Landtagswahl 1999 wählten 19% der 18-24jährigen Männer DVU und NPD, fünf Jahre später waren es erneut 18%. Bei der Landtagswahl 2009 war die Wahlbeteiligung wegen der am gleichen Tag stattfindenden Bundestagswahl höher und die DVU nicht vertreten, auf die NPD entfielen gleichwohl 8%. Bei der Landtagswahl 2014 erhielten AfD und NPD zusammen 20% der Stimmen von 16-24 jährigen Männern, 2019 die AfD 18%. Für die Frauen dieser Altersgruppe gilt auf deutlich niedrigerem Niveau das gleiche Muster.

Hierbei handelte es sich nicht um eine einmalige politische "Verirrung" der Jungwählerinnen und -wähler. Die jüngsten Wahlberechtigten bei der Landtagswahl 1999 zählten zu den Geburtsjahrgängen 1975-1981. Verfolgt man das Wahlverhalten dieser Jahrgänge - aus Gründen der statistischen Gruppenbildung ab 2004: die Geburtsjahrgänge 1975-1984 -, so zeigt sich eine stabile Präferenz für Rechtsaußen-Parteien (unter Absehung vom Ausnahmefall der Landtagswahl 2009). Wählten 1999 und 2004 knapp 19% bzw. 15% der Männer und 7-8% der Frauen dieser Kohorte NPD und DVU, so waren es 2014 nun 23% bzw. 14% für AfD und NPD. 2014 musste vor allen Dingen DIE LINKE starke Verluste unter diesen Geburtsjahrgängen hinnehmen. 2019 waren die Jungwähler von 1999 bzw. die Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1975-1984 im Alter von 35-44 Jahren, stehen also "mitten" im sozialen Leben von Kindergärten, Schulen, Betrieben, Vereinen, Feuerwehren usw. Diese Präsenz, Verankerung im sozialen Alltag mag ihren Teil dazu beigetragen haben, dass die AfD für einen weit über das ursprüngliche rechte Lager hinaus reichenden Personenkreis wählbar geworden ist - 2019 nunmehr bei starken Verlusten von SPD und CDU.

Abbildung 9: Wahlverhalten Geburtsjahrgänge 1975-1984



Eine offensichtlich stabile Präferenz für rechte, nationalistische Parteien besteht auch denjenigen Männern und Frauen, die zwischen 1965 und 1974 geboren wurden (wobei im folgenden teilweise in den Jahrganggruppen auch nach 1960 geborene Personen enthalten sind). Unter den Wählern dieser Jahrgänge waren 1999 und 2004 bereits knapp 15% NPD/DVU-Wähler und 2014 dann knapp 19% AfD und noch gut 4% NPD-Wähler. Bei den Frauen wählten 1999 und 2004 7-8% NPD oder DVU. In den Jahrgängen 1945-1959, also der heute über 60jährigen wählten 1999 und 2004 "nur" 8-10% der wählenden Männer und 4-6% der Frauen NPD oder DVU, wobei 2019 der Anteil der AfD-Stimmen unter den 60-69jährigen deutlich stärker ausfällt als bei den über 70jährigen.

Abbildung 10: Wahlverhalten Geburtsjahrgänge 1960/65 bis 1974

Ein bedeutender Teil der Wähler und Wählerinnen, die in der DDR geboren und ab 1960 aufgewachsen sind, also zu Wendezeiten höchstens 25-35 Jahre alt waren, orientierte sich bereits in den 1990er Jahren hin zu Parteien am rechten Rand des Parteienspektrums, die gemeinhin als rechtsradikal, rechtsextremistisch und für "anständige Bürger" nicht wählbar galten. Dieses Wahlverhalten kann als Indiz für lange historische Linien in politischen Orientierungen und Wahlverhalten galten, worauf in einem späteren Kapitel zurückgekommen wird.

Bildung und Berufstätigkeit

Die AfD erhielt von den Wählerinnen und Wählern mit "mittlerer Reife" als höchsten formalen Schulabschluss 31% der Stimmen und wurde damit vor der SPD (25%) zur stärksten Partei. Auch bei den Personen mit Hochschulreife, aber ohne Hochschulabschluss lag sie mit 22% vor der SPD (21%). Bei den Wählern mit Hauptschule als höchstem formalen Schulabschluss lag die SPD mit 34% vor der AfD (27%), bei den Personen mit Hochschulabschluss lag die AfD mit 13% nur Platz vier (SPD: 27%, Grüne: 19%; CDU 17%; LINKE: 12%).³

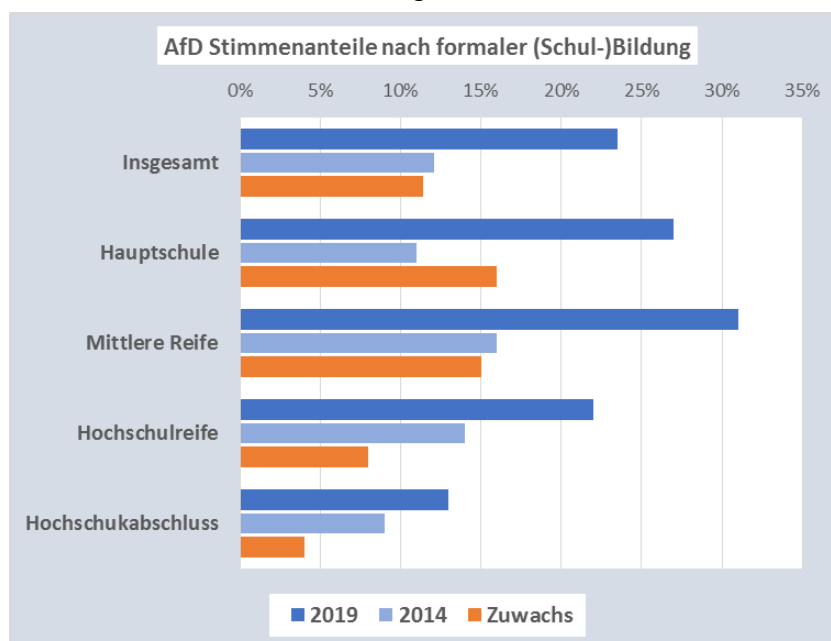
Bereits diese Zahlen deuten daraufhin, dass die AfD unter Personen, deren formaler Bildungsabschluss zu einem (betrieblichen) Fachlehrberuf führt, überdurchschnittlich stark vertreten ist. Der Blick auf die Zusammensetzung der Parteiwählerschaften bestätigt dies: Gut ein Drittel der Wählenden verfügt über die mittlere Reife, aber fast die Hälfte der AfD-Wähler. Auch Hauptschüler sind mit 13% noch leicht überdurchschnittlich unter AfD-Wählern vertreten, während Personen mit Hochschulreife mit 19% leicht unterdurchschnittlich und Hochschulabsolventen mit 13% stark unterdurchschnittlich vertreten sind. Die Berechnungen und Schätzungen beruhen auf den Angaben in der Wahltagsbefragung.

³ Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 1. September 2019; Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 177, hier S. 43-45. Wenn nicht anders vermerkt, stammen alle Daten zum Bildungsstand auch bei früheren Wahlen von der FGW.

Abbildung 11: Tabelle Wählerschaften nach Bildung

LTW19 Brandenburg: Wählerschaften nach Bildungsabschluss						
Von 100 Wähler/-innen hatten als höchsten formalen Bildungsabschluss						
	alle	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	AfD
Hauptschule	11%	10%	14%	3%	13%	13%
Mittlere Reife	36%	31%	35%	24%	34%	47%
Hochschulreife	20%	23%	16%	28%	19%	19%
Hochschule	23%	27%	24%	38%	25%	13%
Keine Angbae	10%	9%	11%	7%	9%	8%
Wahltagserhebungen der FGW						

Bereits bei der Landtagswahl 2014 zeichnete sich ab, dass die AfD von Personen mit mittlerer Reife und Hochschulreife ohne Hochschulabschluss überdurchschnittlich gewählt worden war, also von Personen mit nichtakademischer Berufsbildung. Dagegen war ihr Abschneiden unter Hauptschülern und Hochschulabsolventen unterdurchschnittlich. Dieses Profil verschärfte sich mit den Stimmenzuwächsen bei den Wahlen 2017-2019. Unter Hauptschülern gab es den stärksten Zuwachs, knapp dahinter die Personen mit mittlerer Reife. Dagegen lagen die Zuwächse unter Abiturienten und vor allem Hochschulabsolventen unter dem Durchschnitt. Anders als 2014 ist die AfD nun unter Hauptschülern überdurchschnittlich und unter Abiturienten unterdurchschnittlich vertreten.

Abbildung 12: Stimmenanteile AfD nach Bildung 2014 und 2019

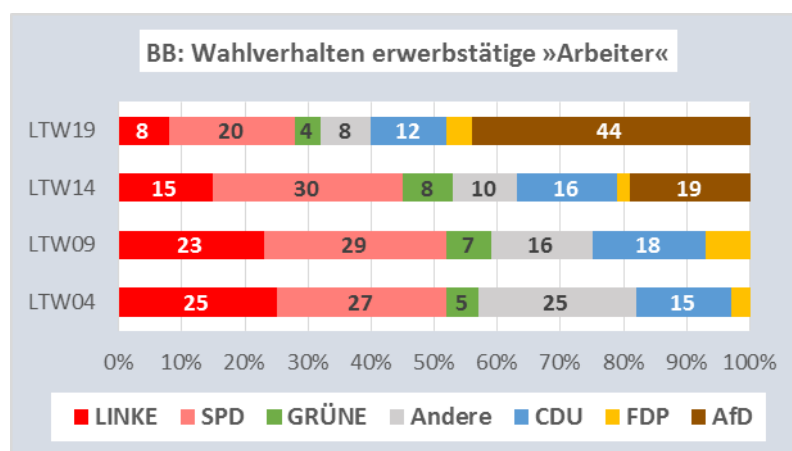
Entsprechend der Altersstruktur ihrer Wähler sind mit 63% überdurchschnittlich viele AfD-Wähler berufstätig. Unter allen Wählerinnen und Wählern zählen nur 56% zu den Berufstätigen. 27% aller Wähler und 21% der AfD-Wähler sind Rentner, Rentnerinnen oder beziehen eine Pension, jeweils 2% sind Arbeitslose und 15% aller und 14% der AfD-Wählenden befinden sich in Schule, Studium oder anderen Formen der Nicht-Erwerbstätigkeit.

Hinsichtlich ihres beruflichen Status gaben die erwerbstätigen und nicht mehr erwerbstätigen Wählerinnen und Wähler an: Arbeiter: 28% (AfD-Wählerschaft: 40%), Angestellte: 41% (AfD: 34%), Beamte: 7% (AfD: 4%) und Selbstständigkeit: 9% (AfD: 9%).

Nach den Erhebungen von Infratest dimap erhielt die AfD unter "Arbeitern" 44% der Stimmen und mit 25 Prozentpunkten den größten Zuwachs gegenüber 2014. Welcher Arbeiteranteil unter AfD-Wählern daraus resultiert, lässt sich vorsichtig abschätzen: Von den etwa 1,12 Mio. Erwerbstätigen in Brandenburg zählen etwa 15% als "Arbeiter", etwas mehr stufen sich selbst als "Arbeiter" ein. Eine gleichmäßige Wahlbeteiligung aller Erwerbstätigen unterstellt, kommt man auf eine Zahl von etwa 100-110.000 wählenden Arbeitern. Dementsprechend wären unter den AfD-Wählern rund 45.000 erwerbstätige Arbeiter, ein knappes Sechstel aller AfD-Wähler.

Die Erhebungen von Infratest dimap zum sozialen Status unter Erwerbstätigen zeigen eine starke Wanderung von Arbeitern nach rechts. Sie wird nur leicht überzeichnet durch die fehlenden Angaben für DVU/NPD-Wähler in 2004, die wie auch für 2009 unter "Sonstige" enthalten sind. Zu bedenken ist bei der Interpretation der Zahlen auch, dass sich der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen - und damit auch ihre absolute Zahl - von 32% in 2004 auf 15% in 2018 verringert hat.

Abbildung 13: Wahlverhalten Arbeiter



Beachtenswert ist die Stärke der AfD unter Beamten. Unter noch im Staatsdienst aktiven Beamten stieg der Anteil der AfD-Stimmen von 13% in 2014 auf überdurchschnittliche 28% in 2019. Es ist mehr als ein Warnsignal für den demokratischen Staat, wenn eine Partei, in der offen rechtsextreme Positionen vertreten werden, von mehr als einem Viertel der »Staatsdiener« unterstützt wird.⁴

Beginnende Herausbildung einer Stammwählerschaft

Die politische Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft hat sich gegenüber 2014 stark verändert. Kamen 2014 rund 80% der AfD-Stimmen von anderen Parteien, 10% von ehemaligen Nichtwählern und der Rest von Erstwählern und Zugezogenen, so machten 2019 die neuen Stimmen von anderen Parteien nur noch gut ein Fünftel der AfD-Stimmen aus. 30% der aktuellen AfD-Wähler hatten bereits 2014 AfD gewählt. Das bedeutet, dass drei Viertel der Wähler von 2014 auch fünf Jahre später wieder für die AfD votiert haben. Diese hohe »Haltequote« von 75% ist sehr bemerkenswert für eine neue Partei und spricht mit Blick auf die stabilen Ergebnisse bei der Bundestags- und Europawahl für die beginnende Herausbildung einer Stammwählerschaft. Weitere 40% der aktuellen AfD-Stimmen kamen von vorherigen Nichtwählern. Dieser hohe Anteil besagt allerdings nicht, dass nur die AfD vorherige Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisieren konnte. Unter allen, die 2014 nicht, aber 2019 erneut wählten, erhielt die AfD mit rund 35% einen überdurchschnittlichen Anteil. Unter denjenigen, die 2014 gewählt hatten, aber 2019 der Wahl fernblieben, war mit 15% ein AfD-Anteil, der

⁴ Die vorstehenden Zahlenangaben zu erwerbstätigen Arbeitern und Beamten stammen aus der Wahlberichterstattung von Infratest dimap.

etwa ihrer Stärke bei der vorherigen Landtagswahl entsprach. Schließlich: Gut 10% der AfD-Wählerschaft bestand aus Zugezogenen und Erstwählern⁵.

Saldiert man die politische Herkunft der AfD-Stimmen von 2014 und 2019, so kommt gut die Hälfte der AfD-Wähler von anderen Parteien, 40% von ehemaligen Nichtwählern, der Rest von Erstwählern und Zugezogenen. Ehemalige Wähler und Wählerinnen der CDU stellen 15%, von der Linkspartei kamen 10%, von der SPD 8% und der FDP 6% sowie von anderen Parteien 10%.⁶ Anfänglich fungierte die AfD als Sammlungsbewegung für unzufriedene Anhänger aller anderen Parteien. Infolge ihrer medialen Wirksamkeit einerseits und wachsenden organisatorischen Verankerung auch in zivilgesellschaftlichen Strukturen andererseits gelingt ihr seit 2016/17 eine Ausweitung ihres Wählerpotentials unter den Nichtwählern.

Ideologische Nähe und politische Einstellungen

Bemerkenswert ist dabei die anhaltend hohe Deckung zwischen den Einstellungen der Wähler und den – sei es auch nur vermuteten - Positionen der Partei. AfD-Wähler finden es nahezu bis zu 100% »gut«, dass die AfD den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen begrenzen und den Einfluss des Islam zurückdrängen will. Auch finden nahezu alle Wähler, dass die AfD ausspricht, »was in anderen Parteien nicht gesagt werden darf«, und dass sie den anderen Parteien »in der Klimadebatte etwas entgegensetzt«. Konsequenterweise ist die AfD dann auch die »einzige Partei«, durch deren Wahl der Protest gegen »die Politik« ausgedrückt werden, als deren Teil sie offenbar nicht wahrgenommen wird. Bei den Themen "Migration", "Islam" und "Kriminalität" gibt es eine anhaltend hohe ideologische Übereinstimmung zwischen Wählern und Gewählten. Die Werte aus den Wahltagsbefragungen 2014 und 2019 in Brandenburg sind hier nahezu deckungsgleich. Auch stimmen nahezu alle AfD-Anhänger der Aussage zu "Die AfD spricht aus, was in den anderen Parteien nicht gesagt werden darf", eine - vorgegebene - Aussage über die AfD, die auch von gut der Hälfte aller Befragten geteilt wird. Rund 90% der AfD-Wähler finden es "gut, dass die AfD in der aktuellen Klimadebatte den anderen Parteien etwas entgegensetzt".

Immerhin noch 37% der AfD-Wähler, gleichwohl gut 10 Prozentpunkte weniger als 2014, stimmten der Aussage zu, dass sich die AfD nicht genügend von rechtsextremen Positionen distanzieren. Die Wähler wissen um die rechtsradikalen Positionen der AfD, wählen sie aber gleichwohl.

Als wahlentscheidende Themen⁷ führen bekennende AfD-Wähler an: »Zuwanderung« (52%), »Kriminalität, Innere Sicherheit« (50%), »Löhne, Rente« 25% und »Wirtschaft, Arbeit« (19%) sowie »Bildung« (17%) an. Bildungspolitik spielte bei allen Parteien eine deutlich stärkere Rolle als bei der AfD. "Kriminalität" und "Zuwanderung" als wahlentscheidende Themen konzentrieren sich indes bei der AfD, bei "Löhne, Rente" liegen die AfD-Anhänger knapp hinter SPD und LINKE. Spezifische »Interessen der Ostdeutschen« spielten für die Wahlentscheidung keine besondere Rolle. In Brandenburg waren nur 13% der Auffassung, dass die AfD »am ehesten die Interessen der Ostdeutschen vertritt«, deutlich weniger als bei Linkspartei (26%) und SPD (24%). Auch Aussagen wie »Ostdeutsche sind immer noch Bürger 2. Klasse«, »Politik und Wirtschaft sind immer noch zu stark von Westdeutschen bestimmt«, »Die Mentalität Ost/West bleibt unterschiedlich« und ähnlichen Statements gibt es kei-

⁵ Von den Erstwählerinnen und -wählern erhielt die AfD unterdurchschnittliche 16%. Fast 30% stimmten für die Grünen und 20% für kleine, nicht im Landtag vertretene "Themen"-Parteien (Tierschutz, Piraten usw.). Für die (ehemals) großen Parteien LINKE, SPD und CDU zusammen votierte nicht einmal ein Drittel der rund 51.000 Erstwähler.

⁶ Alle Angaben zur Wählerwanderung sind eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstrom-Modelle von Infratest dimap.

⁷ Die Fragestellung von Infratest dimap lautet: "Welche der folgenden Themen spielen für Ihre Wahlentscheidung bei der Landtagswahl die größte Rolle?", Mehrfachnennungen sind möglich.

ne qualitativ auffällig hohe Zustimmung nur unter AfD-Wählern, vielmehr sind diese Sichtweisen unter den Anhängern aller Parteien stark vertreten.

Im Vergleich der den Parteien zugewiesenen Kompetenzen in politischen Themenfeldern⁸ schneidet die AfD vor allem bei "Kriminalität und Verbrechen in Brandenburg bekämpfen" mit 22% (CDU: 27%, SPD: 20%) gut ab, gefolgt von "eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik betreiben" mit 18% (SPD: 19%, CDU: 16%, LINKE: 12%) und "die Interessen der Ostdeutschen vertreten" mit 13% (LINKE: 26%; SPD: 24%; CDU: 10%). "Für soziale Gerechtigkeit sorgen" trauen 10% der Befragten am ehesten der AfD zu (SPD: 30%, LINKE: 24%, CDU: 13%) und allgemein "die wichtigsten Aufgaben in Brandenburg lösen" ebenfalls 10% (SPD: 32%; CDU: 20%). Als besonders kompetent, für "bessere Lebensverhältnisse auf dem Land" zu sorgen, wird die AfD nicht wahrgenommen, SPD (23%), CDU (18%) und LINKE sowie Grüne (je 12%) liegen hier vor der AfD (9%). Ebenso wie die "ostdeutschen Interesse" sind die "Lebensverhältnisse auf dem Land" bzw. "abgehängte Regionen" kein politisches (Sach-)Thema, welches eine besondere AfD-Affinität begründet.

Anders sieht es bei der Braunkohleförderung aus. Allein unter den AfD-Anhängern findet sich mit 56% eine deutliche Mehrheit für eine Fortsetzung der Braunkohleförderung über das Ausstiegsjahr 2038 hinaus, während umgekehrt bei Linken (49%) und vor allem Grünen (73%) eine Mehrheit der Anhänger für einen früheren Ausstieg ist (CDU: 39%, SPD: 24%). Die Position zur Braunkohle dürfte wesentlich für den überdurchschnittlichen Anstieg der AfD-Stimmenanteile in der Niederlausitz (+18,1%) und den Braunkohlegebieten (+18,6%) gewesen sein.

Hinsichtlich der "politischen Grundstimmung" gilt, dass mit 60% allein die AfD-Anhänger die "wirtschaftliche Lage in Brandenburg" als "weniger gut" oder "schlecht" einschätzen (alle Befragten: 38%). Noch stärker ausgeprägt ist die Verteilung bei der "Demokratiezufriedenheit". 87% der AfD-Anhänger sind "weniger" oder "gar nicht zufrieden" "mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert", bei allen Befragten sind es 48%. Nur noch die Anhänger der LINKEN liegen mit 50% knapp über diesem Durchschnitt, die Anhänger aller anderen Parteien überwiegt die "Demokratiezufriedenheit" mit 59% (FDP) bis 73% (Grüne).

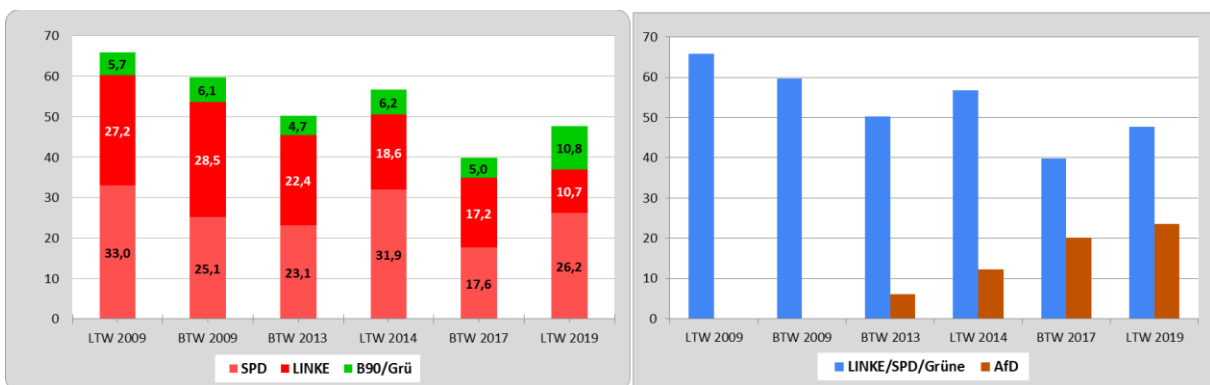
Eine größere Rolle bei der Wahlentscheidung könnte die Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage gespielt haben. Bei den "Zufriedenen" schneidet die AfD mit 21% leicht unterdurchschnittlich ab, der Zuwachs ist es mit 9% ebenfalls (Die Grünen schneiden bei den Zufriedenen mit 11% überdurchschnittlich ab). Bei den "Unzufriedenen" wird die AfD mit 39% zur stärksten Kraft und legt um 24 Prozentpunkte zu. Aber auch die Grünen (4 Punkte) und die Freien Wähler (3 Punkte) gewinnen bei den mit der eigenen wirtschaftlichen Lage Unzufriedenen, während LINKE (-13%) und SPD (-10%) überdurchschnittlich verlieren.

⁸ Infratest dimap Wahltagsbefragung. Die Fragestellung lautete: "Nun zu einigen politischen Aufgaben: Welcher Partei trauen sie am ehesten zu, diese Aufgaben zu lösen?"

Schwäche der Wettbewerber

Stärke und Spezifik der brandenburgischen AfD-Wählerschaft sind immer auch die Schwäche und die Besonderheit der Mitte-Links-Wählerschaft in Brandenburg. Über Jahrzehnte war die SPD die dominierende Partei in Brandenburg. Sie stand auf dem Boden einer strukturellen Mitte-Links-Mehrheit, die das Klima im Land prägte - auch dann, wenn die SPD machtpolitisch darauf nicht zurückgriff. Die Rolle der dominierenden Partei hat die SPD in der letzten Legislaturperiode verloren - an die AfD. Und die strukturelle Mitte-Links-Mehrheit ist einer prekären, politisch (und kulturell) nicht mehr belastbaren Mehrheit gewichen - wie sich das an der nur einen Stimme Mehrheit für Rot-Grün-Rot im aktuellen Landtag zeigt.

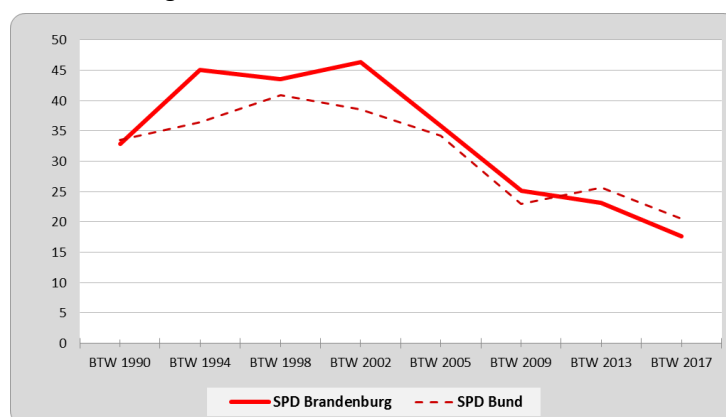
Abbildung 14: Schrumpfen von Rot-Rot-Grün und Aufwuchs der AfD



Die mittlerweile erreichte strukturelle Schwäche von Mitte-Links in Brandenburg zeigt sich vor allem darin, dass die Sozialdemokraten in ihrer einstigen Hochburg bei Bundestagswahlen mittlerweile unter (!) den schlechten bundesweiten Gesamtergebnissen der SPD liegen.

Dies weist auf eine deutlich vorangeschrittene innere Auszehrung der märkischen Sozialdemokratie hin: Sie vermag der taumelnden Bundespartei nicht mehr mit mobilisierenden eigenen Impulsen zur Seite zu springen - der einstmalige landespolitische Bonus hat sich sogar in einen landespolitischen Malus verwandelt. Das wiederum legt die Schlussfolgerung nahe, dass die noch vorhandene relative Stärke der SPD in Brandenburg im Wesentlichen der tatsächlichen Schwäche der meisten Wettbewerber im Land geschuldet ist.

Abbildung 15: SPD Brandenburg und SPD Bund



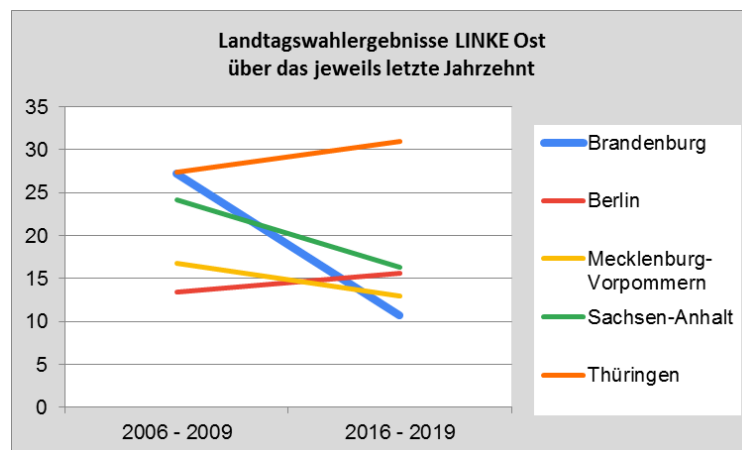
Dafür spricht zunächst vor allem das Abschneiden der CDU bei der letzten Landtagswahl, die erneut Verluste erlitt - obwohl sie sich in der abgelaufenen Legislaturperiode mit einer liberal-konservativen strategischen Neupositionierung eine bessere Wettbewerbssituation gegenüber der

AfD sowie - zumindest als Spielideen auf Umfrage-Basis - mehr Machtoptionen in Alternative zur SPD verschafft hatte.⁹

Aber auch der langjährige Koalitionspartner LINKE konnte sein Schicksal nicht wenden. Zehn Jahre nach dem erstmaligen Eintritt in die rot-rote Koalition hatte die Partei über 16 Prozentpunkte eingebüßt - mehr als die Hälfte des noch 2009 erreichten Stimmenanteils.

Kein anderer ostdeutscher Landesverband der LINKEN hat über die jeweils letzten zwei Wahlperioden so massiv Prozentpunkte bei Wahlen verloren wie Brandenburg:

Abbildung 16: Landtagswahlergebnisse LINKE Ost über das jeweils letzte Jahrzehnt



In diesem Kontext ist zu beachten: Rot-Rot ist gesellschaftlich nie zusammengewachsen. Nach der Koalitionsbildung 2009 folgten kaum ähnliche Entwicklungen in den Kreisen und kreisfreien Städten. In Märkisch-Oderland, wo ein rot-rotes Bündnis im Kreis bestanden hatte, wurde es bei den Kommunalwahlen 2014 nach konkurrierenden Landrats-Kandidaturen offensichtlich als nicht mehr existent bzw. als brüchig angesehen; bei der zeitgleichen Landratswahl in Teltow-Fläming setzte sich nach gescheiterten SPD-Kandidaturen die populäre LINKE Kornelia Wehlan durch - eine klassische Personenwahl, kaum ein Zeichen eines parteipolitischen Umschwungs im Kreis, auch wenn angesichts des verfehlten Quorums bei der Direktwahl der Kreistag die endgültige Entscheidung hatte fällen müssen. Erst nach der Kommunalwahl 2019 bildete sich wieder ein rot-rotes Bündnis - diesmal in der Landeshauptstadt Potsdam.

Dass SPD und LINKE in der Gesellschaft nicht tatsächlich zusammenfanden, hatte tiefere, struktu-

⁹ Die CDU war bis 2018, vor allem im Süden, das Bollwerk der Demokratie gegen die AfD. Ihrer Stärke war es zu verdanken, dass es keine AfD-Landräte gab. Eine starke CDU hatte sie werden können, weil sie nach 2014 unter ihrem neuen Vorsitzenden Senftleben strategisch und programmatisch den Ausfallschritt aus der rechtskonservativen Nische, in der sie seit 1990 vor sich hin vegetierte, in die Mitte der Gesellschaft gewagt hatte - und dort auch ein Stück weit die SPD vertrieben hatte. Unter Senftleben wurde die CDU Brandenburg zu einem der Merkel-treuesten Landesverbände und gehörte zu den massivsten Kritikern der AfD, insbesondere von Gauland. Hätte die CDU Brandenburg diesen Schritt nicht gewagt, so wäre sie von der AfD marginalisiert worden und schon längst deren machtpolitische Westentaschenreserve. Allerdings sind die Leute, die für den alten Kurs standen, insbesondere die frühere Landesvorsitzende Saskia Ludwig, immer noch präsent und auch (wieder zunehmend) aktiv. Seit dem Rückzug Merkels vom CDU-Bundesvorsitz wurde es auch in der CDU Brandenburg wieder unruhiger. Als Senftleben voriges Jahr auch eine Koalition mit der LINKEN ins Gespräch brachte, um seine Machtoptionen zu erweitern und der am Boden liegenden SPD die ihrige(n) zu entziehen, brodelte es mehr und mehr in der Partei. Das Ganze mündete im Sommer in eine erste Abrechnung mit Senftleben auf dem Landesparteitag und dann, nach dem schwachen Wahlergebnis, in seine Entmachtung. Sein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender, Jan Redmann, ist ein Senftleben-Vertrauter. Sein Nachfolger als Landesvorsitzender, MdB Michael Stübgen, gilt als Partei-Rechter. Das schwache Wahlergebnis - unter den Prognosen bleibend (wie die Grünen ...) - erscheint vor diesem Hintergrund ein Ergebnis der Auseinandersetzungen in der Bundes- wie dann auch in der Landespartei. Für die Merkelianer war die Landespartei kein verlässliches Bollwerk gegen die AfD mehr (aber wohl wieder die SPD ...), für die Partei-Rechten teils wohl die AfD dann gleich die erste Wahl.

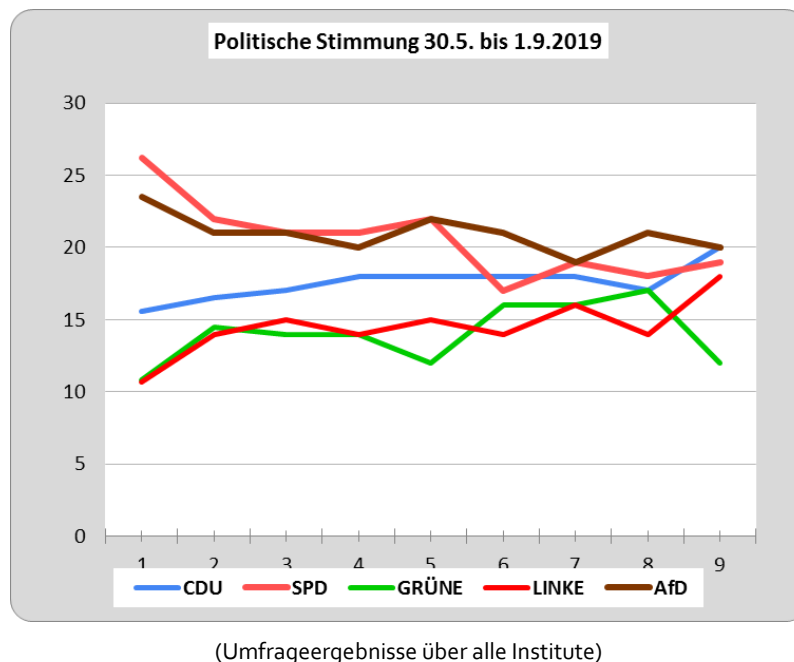
relle Ursachen. Die SPD hatte nach der Wende in der DDR in Brandenburg als Pastoren- und Ingenieurspartei begonnen; sie war ab Ende der 90er Jahre unter dem maßgeblichen Einfluss des Landesgeschäftsführers und späteren Generalsekretärs Klaus Ness zur Ingenieurspartei geformt worden. Diese Klientel war mit tiefer Skepsis gegenüber den SED-Nachfolgern ausgestattet - die Bedingung ihres Eintritts in die Politik war die Entmachtung und Marginalisierung der SED und der SED-Nachfolger. Zugleich war die märkische SPD unter Stolpe eben nicht in erster Linie sozialdemokratisch, sondern die sozial und repräsentativ-demokratisch orientierte "Brandenburg-Partei" - die Volkspartei der breitesten Mitte in Brandenburg. Auf dieser Basis entwickelte der Strategie Ness dann auch die Option einer rot-roten Landesregierung in Brandenburg, die sich nicht in erster Linie als "linkes Projekt", sondern vorrangig in gemeinsamer Verantwortung für das Land definieren sollte.

Im rot-roten Jahrzehnt rückten - auch vor diesem Hintergrund - in beiden Parteien neue Kräfte nach vorn, die aus ihrer jeweiligen politischen Sozialisation heraus in erster Linie pragmatisch waren. Diese gemeinsame Neigung zum Pragmatismus ließ den großen Atem vermissen, das identitätsstiftende Narrativ vom "Brandenburger Weg" verschwand still und leise und wurde nicht durch ein neues ersetzt. Brandenburg wurde politisch blass und blasser, bis es 2019 zur Abwahl der rot-roten Koalition kam und die SPD sich nur durch historische Sonderbedingungen als rechnerisch stärkste Partei wiederfand. Diese Sinn- und Werteentleerung auf der linken Seite mag in besonderer Weise gerade dort, wo PDS bzw. LINKE lange Zeit ihre Hochburgen hatten, negativ zu Buche geschlagen haben.

Mit Blick auf die zurückliegenden Landtagswahlen ist weiterhin zu bedenken, dass die Grünen in Brandenburg - wenn auch mit einiger zeitlicher Verzögerung - an dem Aufwind ihrer Bundespartei zwar teilhatten, ihnen jedoch als real im wesentlichen im (westlichen) Berliner Umland präsente Partei der strukturelle Unterbau fehlte, um aus Stimmung Stimmen machen zu können.

Im letzten Vierteljahr vor der Landtagswahl wurde weithin die Gefahr deutlich, dass die AfD in Brandenburg stärkste Partei im Landtag werden könnte. Jenen Wählerinnen und Wählern, die dies unbedingt verhindern wollten, bot sich dafür zunächst ein Spektrum von vier rechnerisch etwa gleich starken, politisch jedoch entweder in Schwächephase oder in der politischen Oberliga des Landes noch nicht hinreichend konsolidierten Parteien an. In diesem Dilemma zwischen kraftvoller AfD einerseits und taumelnden Parteien auf der anderen Seite wurde schließlich die SPD ab Mitte August nach oben gezogen - im Gegensatz zu einem im Lande weithin spürbaren Überdruß an der Partei, aber im Angesicht dessen, dass die Sozialdemokraten nicht nur die längste Regierungserfahrung in Brandenburg, sondern auch die meisten realistischen Machtoptionen hatten und damit am ehesten Stabilität garantieren konnten. Die Sozialdemokraten wären dann weniger wegen ihrer sozialdemokratischen Werte und Inhalte, sondern vor allem als machtpolitisches Gerüst gegen den Durchbruch der AfD gewählt worden. Nutzeffekt ja, politische Bindung eher schwach.

Abbildung 17: Politische Stimmung 30. 5. bis 1.9.2019



Erklärungsfaktoren für (überdurchschnittliche) AfD-Ergebnisse

Demografischer Wandel

Man mag nun die Schwäche der linken Mitte in Brandenburg in Beziehung setzen zur Schwäche der linken Mitte europa- und weltweit. Das ist auch nicht falsch, sagt aber nicht alles, was über Brandenburg gesagt werden muss.

Unterschiedliche Entwicklungen bilden den Hintergrund jenes Umbaus im brandenburgischen Parteiensystem, der bislang anhand der Schwäche von Mitte-Links beschrieben wurde. Sie bilden aber zugleich den Hintergrund für den Umbau des Parteiensystems - von der Stärke der AfD her gesehen.

Ein erster wesentlicher Gesichtspunkt ist: Brandenburg hat einen massiven, z.T. immer noch laufenden Bevölkerungsaustausch hinter sich - was freilich nichts mit jener "Umvolkung" zu tun hat, von der in der AfD-Propaganda die Rede ist. Bereits Anfang des Jahrzehnts war jeder Vierte in Brandenburg ein Zugezogener - also nicht im Land geboren. Im Berliner Umland war es bereits sogar die Mehrheit der Wohnbevölkerung, die sich, von anderswo kommend, hier angesiedelt hatte. Auch in den berlinferneren Regionen erreichte der Anteil der Zugezogenen fast ein Drittel.¹⁰ Ende des Jahrzehnts zeigte sich, allerdings auf die Gemeinde und nicht auf das gesamte Land bezogen, dass die seit Geburt Sesshaften an ihren Wohnorten bereits in der Minderheit waren - und zwar um so aus-

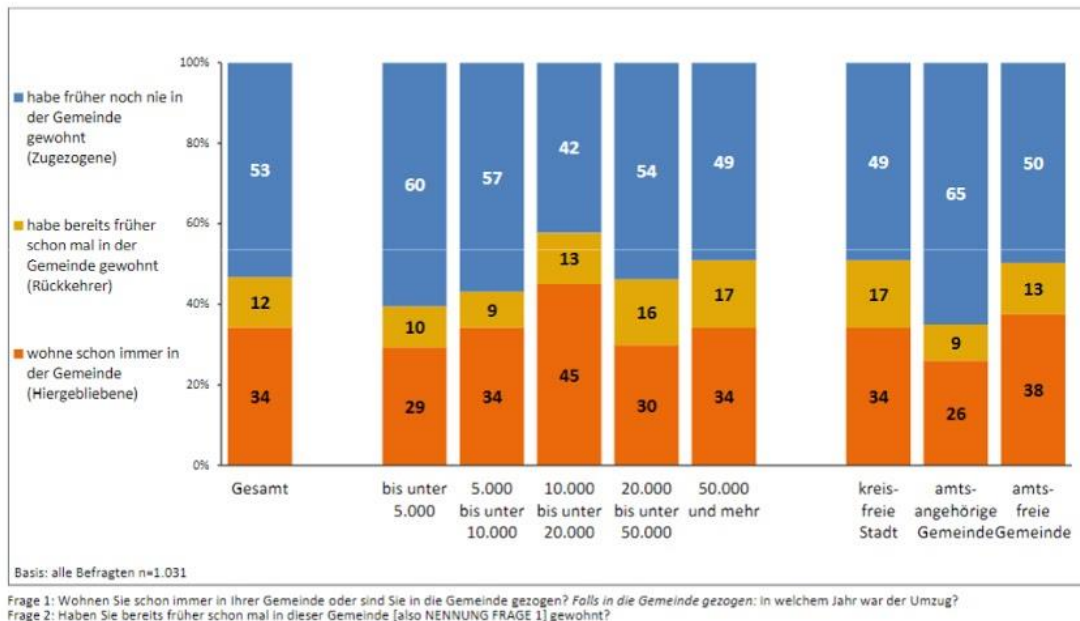
¹⁰ Das DDR-Bild der Bevölkerung des Landes Brandenburg. (Stand 2011) forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag der Enquete-Kommission 5/1 des Landtags Brandenburg „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“

https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/ueberarbeitet_Tabellenband%20zur%20forSa-Umfrage%20DDR%20Bild.pdf

geprägter, je kleiner die Gemeinden.¹¹

Abbildung 18: Hiergebliebene, Rückkehrer und Zugezogene

Hiergebliebene, Rückkehrer und Zugezogene - Gemeindegröße, Politische Gliederung



Bürgerbefragung zur Zukunft der ländlichen Regionen

Dieser Bevölkerungswandel, das starke Hinzutreten anders sozialisierter Einwohnerinnen und Einwohner, die auch die identitätsstiftende Frühzeit des 1990 wieder gegründeten Landes unter Manfred Stolpe hier nicht miterlebt hatten, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die märkische SPD als die "Brandenburg-Partei" im Alltag zurück gedrängt wurde und sich zugleich auch selbst veränderte. Die Bindewirkung von Leuten wie Manfred Stolpe, Regine Hildebrandt und Matthias Platzeck für die Neu-Brandenburger, aber auch für die wiederkehrenden Alt-Brandenburger, die das Land in den Nachkriegs-Jahrzehnten verlassen hatten, war nur schwach bzw. bestand gar nicht.

Für jene, die in Brandenburg geboren worden waren und weiterhin hier lebten, war der starke Zuzug ein *weiterer lebensweltlicher Umbruch* nach 1990ff. - neue Nachbarn, fremde Nachbarn ...

Parteilpolitisch hatte der demographische Wandel auch für die LINKE, aber anders als bei der SPD, einschneidende Folgen. Ihre weithin überalterte Mitgliedschaft verringerte sich in weitaus stärkerem Maße, als neue Mitglieder gewonnen und gehalten werden konnten. Ergebnis waren ein schleicher, letztlich aber spürbarer Rückzug der Partei aus der Gesellschaft sowie eine Erosion, teils sogar ein Zerfall innerparteilicher Strukturen.

Abschließend noch einmal zurück zu der vorgeschobenen "Angst" im rechtspopulistischen Milieu, die "Altparteien" betrieben eine "Umvolkung" durch den Zustrom von Flüchtlingen. Drei Anmer-

¹¹ INFO GmbH: Präsentation „Bürgerbefragung zu Einschätzungen und Zukunftserwartungen hinsichtlich regionaler Entwicklung“ für die Enquete-Kommission 6/1 des Landtages Brandenburg "Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels"

https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Folien%20Ergebnisse%20B%C3%BCrgerumfrage%20oerg%C3%A4nzt.pdf

kungen:

1. Zahlenmäßig ist die Zuwanderung durch Geflüchtete aus aller Welt nicht einmal im Ansatz mit den realen Bevölkerungsveränderungen, die oben beschrieben wurden, vergleichbar. Im Jahr 2017 lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Brandenburg bei 5,9%.
2. Die starke Zuwanderung des Jahres 2015 war zwar eine beträchtliche Herausforderung für Flüchtlingshelfer, Kommunen, Verwaltung und Politik und hat die öffentliche Aufmerksamkeit stark gebündelt - am Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung Brandenburgs hat dies jedoch nur geringfügig etwas geändert (Aufwuchs von 1,6%).
3. Die Zuwanderung von Geflüchteten nach Brandenburg ist seit dem Höhepunkt 2015 kontinuierlich und deutlich gesunken. 2015 kamen knapp 30.000 Geflüchtete nach Brandenburg, 2016 nur noch etwa 10.000; 2017 dann 4.540 und 2018 nur noch 3.840.

Unabhängig davon ist die Zustimmung zur AfD drastisch gestiegen - allerdings liegt der Beginn dieses Aufstiegs - wie schon gezeigt - deutlich vor 2015 (vgl. Abbildung 14)

Angesichts dessen ist Follmer/Kellerhoff/Wolf zuzustimmen, wenn sie feststellen:

"Der AfD-Wahlerfolg, für den häufig die sogenannte „Flüchtlingskrise“ 2015 als Ursache herangezogen wird, ist das jüngste Beispiel der zirkulären Debatten, bei denen häufig Anlass und Ursache verwechselt werden. Allein die Tatsache, dass schon seit 2013 größere rassistische Mobilisierungen stattfanden, so z.B. in Schneeberg, gefolgt von der schnell wachsenden Popularität von PEGIDA Ende 2014 (noch deutlich vor dem Sommer 2015), spricht gegen die Annahme, dass sich die rechtspopulistische Mobilisierung primär oder ausschließlich aufgrund der „Flüchtlingskrise“ erklären lässt. Vielmehr scheint es, dass es sich hierbei um Anlässe handelt, die Artikulationsmöglichkeiten für länger existierende Einstellungen bieten. Die jüngste Flüchtlingseinwanderung, die binnen kürzester Zeit eine große Zahl von Menschen vor allem aus muslimisch geprägten Ländern nach Deutschland brachte, war ein Signalereignis. Ängste und Sorgen bekamen einen Namen und die in Teilen der Bevölkerung vorhandene Verunsicherung wurde sichtbar."¹²

Regionale Disparitäten

Brandenburg ist wie kaum ein anderes Bundesland ein Land unterschiedlicher Entwicklungslogiken und -geschwindigkeiten, ein Land geteilter Lebenswelten und Lebensentwürfe. Hier die hitzige, zum internationalen Anziehungspunkt werdende Metropole Berlin in ihrem Herzen - ein Großraum, der sich mittlerweile weit in das Land Brandenburg hinein erstreckt. Auf der anderen Seite dünn besiedelte dörfliche Regionen mit Klein- und Mittelstädten ohne größere Ausstrahlung auf ihr Umland. Agrarische Strukturen umgeben frühere industrielle Inseln und Zentren der DDR-Industriepolitik, die sich nur äußerst langsam erholen und sich dabei neu erfinden müssen. Von der Abwanderungswelle vor allem in den 90er Jahren sind diese Landesteile besonders betroffen, die Alters- und Geschlechtsstruktur der Wohnbevölkerung ist geradezu tragisch verschoben. Technische, administrative und soziale Infrastruktur wurden in den Jahren neoliberaler Dominanz nicht nur um-, sondern auch über Gebühr abgebaut. Groß geworden in einem "fürsorglichen Staat" (...), fanden sich viele Menschen allein gelassen in einem fremden Gemeinwesen wieder, in prekärer Lebenssituation und immer ferner von Grundleistungen der Daseinsvorsorge und verlassen von Kindern, Nachbarn, Kol-

¹² Follmer, R./Kellerhoff, J./Wolf, F.: Vom Unbehagen an der Vielfalt. infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2018, S. 27.

legen und Bekannten.

Politisch konnten sie daran auch durch die Wahl von PDS bzw. Linkspartei und durch deren Eintritt in die Regierung nichts flächendeckend ändern. Eine Reihe von Abbauprozessen - etwa bei Bildung und Polizei - wurden zwar gestoppt. Doch dann konzentrierte sich die rot-rote Koalition in der zweiten Legislaturperiode auf eine Verwaltungsstrukturreform (Kommunalreform) als zentrales Projekt - auf eine Reform also, die für sich genommen zur Bewältigung der regionalen Disparitäten nicht taugte, auch wenn sie auf bestimmte Folgen dieser Entwicklung reagierte. Gegen die Verwaltungsstrukturreform formierte sich landesweit breiter Widerstand, so dass sie schließlich abgesagt werden musste. Ein neues zentrales Projekt, das sich auf die regionalen Divergenzen als soziale Frage oder auf andere soziale Themen bezogen hätte, fanden die Koalitionspartner nicht. So verbuchten sie nicht nur einen ernsten Imageschaden, sondern hinterließen auch ein politisches Vakuum.

Ein politisches Vakuum nicht nur parteipolitisch, sondern auch in der Wahrnehmung des Staates in der Tiefe des Landes. Als 2009 die erste rot-rote Koalition in Brandenburg gebildet wurde, war zunächst eines ihrer zentralen Projekte eine tiefgreifende Polizeireform mit einer deutlichen Reduzierung der Anzahl der Polizisten und einer Konzentration der Polizeiwachen. Es war mit weniger Polizisten auf der Straße zu rechnen und mit einer längeren Zeitdauer bis zur Ankunft eines Einsatzfahrzeuges am Tatort. Zwei Jahre zuvor waren die Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze entfallen. In der Zeit danach waren die Grenzgemeinden (aber auch der Berlin-nahe Raum) überdurchschnittlich stark von Kriminalität betroffen: Autodiebstähle nahmen um mehr als das Dreifache zu, Fahrräder, Werkzeuge, Computer und sogar Landmaschinen, an denen bäuerliche Existenzen hingen, wurden gestohlen.¹³ Zwar schraubte Rot-Rot die Reformpläne recht schnell wieder zurück - aber im wesentlichen auf den Status quo. Ein Mehr an Sicherheit wurde nicht geboten. Die Menschen schritten zur Selbsthilfe und bildeten Bürgerstreifen, die im besten Fall eng mit der Polizei kooperierten und unter deren Anleitung und Betreuung arbeiten, in anderen Fällen nicht.

Was blieb, war ein Gefühl einerseits von Bedroht- und andererseits von Verlassensein - ein Resonanzboden, der der AfD offenkundig Auftrieb gab. Verfolgt man die Entwicklung der AfD-Ergebnisse längerfristig, so kommt man zu bemerkenswerten Ergebnissen. Wir haben dazu die AfD-Wahlergebnisse von 2013 bis 2017 in den kreisfreien Städten und Kreisen betrachtet und die Zweitstimmen prozentual auf alle Wahlberechtigten bezogen, um beim Vergleich unterschiedlicher Wahlen die wechselnde Wahlbeteiligung herausrechnen zu können.

Das Ergebnis ist dann durchaus bemerkenswert: Bei der Bundestagswahl 2013 zeigt sich die AfD überdurchschnittlich stark in Cottbus, Spree-Neiße, Oder-Spree und Dahme-Spreewald sowie in allen Speckgürtel-Kreisen. Bei der Landtagswahl ein Jahr später ergibt sich ein ähnliches Bild, allerdings schnell die Zustimmung zur AfD in Frankfurt/Oder hoch. Die größten Zuwächse in diesem einen Jahr gibt es in Cottbus und drei Grenz-Kreisen!

Bis zur Bundestagswahl 2017 variiert sich die Dynamik noch einmal. Die größten Zuwächse (mehr als 1% über dem Landesdurchschnitt von +8,9%) in Cottbus, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße - also in der Lausitz. Dazu im nächsten Abschnitt.

¹³ Bangel, C.: Die Angst geht auf Streife. ZEITonline, 12. Mai 2014 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/buergerwehr-in-deutschland>

Abbildung 19: Zweitstimmenergebnisse der AfD in Landkreisen und kreisfreien Städten

Zweitstimmenergebnisse der AfD in Brandenburg 2013-2019, Bundestag und Landtag							
	in von Hundert der Wahlberechtigten				Differenzen		
	BTW13	LTW14	BTW17	LTW19	BTW13-LTW14	LTW14-BTW17	BTW17-LTW19
Land Brandenburg	4,02%	5,73%	14,68%	14,24%	1,71%	8,94%	-0,43%
<u>Kreisfreie Städte</u>							
Brandenburg an der Havel	2,65%	3,89%	11,17%	11,15%	1,24%	7,28%	-0,01%
Cottbus	4,43%	5,19%	17,38%	16,34%	0,76%	12,19%	-1,05%
Frankfurt (Oder)	3,97%	8,95%	14,95%	13,47%	4,98%	6,00%	-1,48%
Potsdam	3,80%	5,17%	9,97%	9,38%	1,37%	4,80%	-0,59%
<u>Landkreise</u>							
Barnim	4,18%	5,07%	15,11%	13,19%	0,90%	10,04%	-1,92%
Dahme-Spreewald	4,61%	6,52%	16,11%	15,34%	1,91%	9,59%	-0,77%
Elbe-Elster	3,97%	5,46%	17,69%	17,71%	1,49%	12,23%	0,02%
Havelland	4,42%	5,78%	13,11%	13,44%	1,36%	7,33%	0,33%
Märkisch-Oderland	4,09%	5,89%	15,17%	14,45%	1,81%	9,28%	-0,72%
Oberhavel	4,54%	5,88%	14,30%	13,31%	1,33%	8,42%	-0,99%
Oberspreewald-Lausitz	3,76%	5,72%	18,29%	18,18%	1,96%	12,56%	-0,11%
Oder-Spree	4,40%	7,36%	15,86%	15,73%	2,96%	8,51%	-0,13%
Ostprignitz-Ruppin	3,02%	4,50%	12,40%	12,58%	1,48%	7,91%	0,17%
Potsdam-Mittelmark	4,12%	5,75%	11,81%	11,91%	1,64%	6,06%	0,11%
Prignitz	2,80%	3,87%	12,56%	12,87%	1,07%	8,70%	0,31%
Spree-Neiße	4,68%	7,05%	21,28%	21,87%	2,36%	14,23%	0,59%
Teltow-Fläming	4,02%	5,84%	14,46%	14,06%	1,82%	8,62%	-0,40%
Uckermark	2,94%	4,48%	14,20%	14,15%	1,55%	9,71%	-0,05%

Man kann also sagen, dass erst die "neue AfD" (ab 2015) eindeutige regionale Schwerpunkte in Brandenburg herausgebildet hat. Und diese haben sich bei der Landtagswahl 2019 wieder bestätigt.

Für die Frage nach dem Erstarken der AfD generell gibt es aber vor allem einen starken Zusammenhang: *Wächst oder schrumpft eine Region? Und in welche Richtung geht die Einwohnerzahl?*

Aus der Wahlforschung von infratest dimap ist mittlerweile bekannt, "dass es sowohl in Ost- wie in Westdeutschland einen klar sichtbaren Zusammenhang zwischen Abwanderung und AfD-Wahlerfolgen gibt. ... Konkret für ganz Deutschland und bezogen auf die Europawahl im Mai: In den Landkreisen mit dem größten Zuwachs von Wahlberechtigten hatte die AfD gegenüber der Wahl fünf Jahre zuvor nur einen relativ geringen Zuwachs um 1,8 Prozentpunkte auf 8,7 Prozent der Stimmen. In den Regionen mit besonders negativer Bevölkerungsentwicklung legte die rechtsradikale Partei dagegen besonders kräftig zu, um 10,7 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent."¹⁴

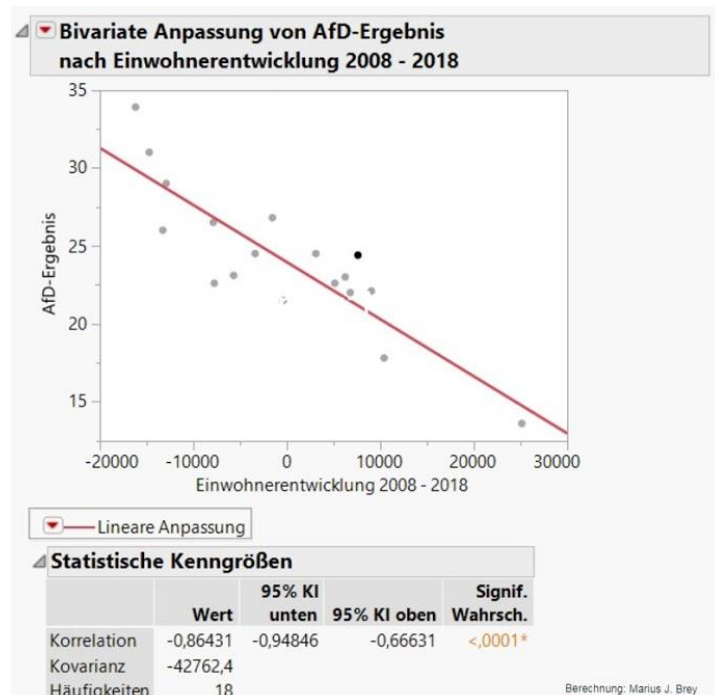
Das Wahlergebnis in Brandenburg ist nur auch vor diesem Hintergrund zu verstehen. Es handelt sich dabei nicht um ein Ost-West-Problem (im Sinne von »DDR-Sozialisation«, »Wende-Problem« oder von Fehlentwicklung im Einigungsprozess), sondern um ein allgemeines Problem unterschiedlicher sozialräumlicher Entwicklung, dessen wesentliche Erscheinungsformen: Einwohnerdichte und Aus-

¹⁴ Meisner, M: Wer zurückbleibt, wählt oftmals die AfD. <https://www.tagesspiegel.de/politik/abwanderung-fuehrt-zu-protestwahl-wer-zurueckbleibt-waehlt-oftmals-die-afd/24958316.html>

dünnung Infrastruktur, Abwanderung in die Städten (für Bildung/Studium, Arbeit usw.), "Überalterung" der Einwohnerstruktur u.a.m. territorial stärker gehäuft in Ostdeutschland auftreten.¹⁵ Für den Fortbestand einer demokratischen Gesellschaft ist es nicht unbedeutend, ob und welche demokratieverträglichen Lösungen gefunden werden.

Brey hat diesen Zusammenhang auch für Brandenburg nachgewiesen: "Es gibt eine sehr starke signifikante Korrelation zwischen Einwohnerentwicklung und AfD-Ergebnis in den brandenburgischen Landkreisen. Je stärker eine Region in den letzten zehn Jahren geschrumpft ist, desto besser schneidet die AfD ab. Je mehr eine Region wächst, desto schwächer schneidet die AfD ab. Bereits bei der Einwohnerdichte zeigt sich schon ein recht starker Zusammenhang, aber bei der Einwohnerentwicklung wird es dann überdeutlich."¹⁶

Abbildung 20: Einwohnerentwicklung und AfD-Ergebnis



Strukturwandel

Immer wieder ist Brandenburg auch bundesweit im Fokus der Aufmerksamkeit wegen tiefgreifender struktureller Umbrüche - insbesondere wegen der Lausitz und des sich hier in Schüben vollziehenden Ausstiegs aus der Braunkohle-Förderung und -Verstromung. Der erste Schub fand bereits in den 1990er Jahren statt - im Kontext des Zusammenbruchs der ostdeutschen Industrie insgesamt. Für die Lausitz insgesamt (brandenburgischer und sächsischer Teil) bedeutete das binnen weniger Jahre

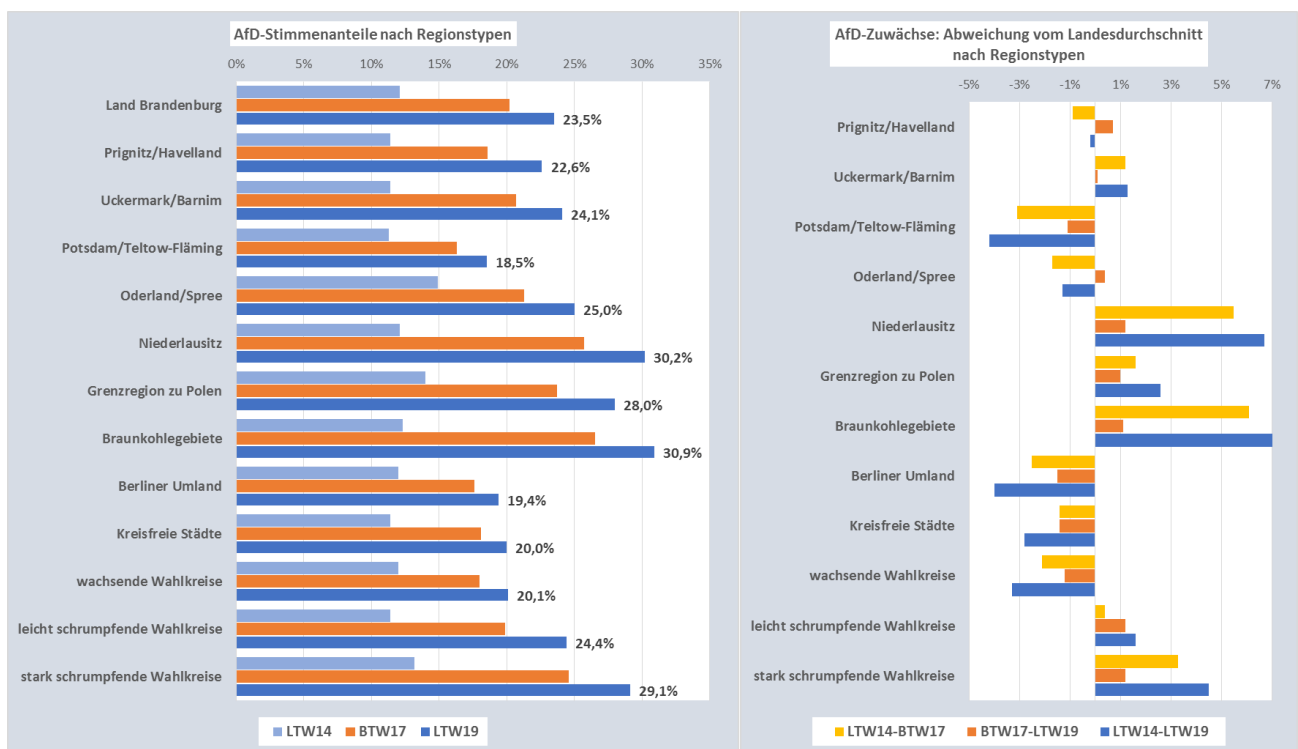
¹⁵ "Ostbieten" war bereits zu Beginn der industriellen Entwicklung dünner besiedelt als westliche Regionen. Die unterschiedliche Produktivitätsentwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland verschwindet nahezu, wenn man Städte und Kreise mit ähnlicher Einwohnerdichte und Größe vergleicht. Eine Studie von Robert Vehrkamp hält fest, dass "nicht regionale Herkunft, sondern soziale Milieus und Lebenslagen" eine Wahlentscheidung prägen, die AfD keine neue "Lega Ost", sondern ein gesamtdeutsches Phänomen sei und die "modernisierungsskeptischen" Milieus in Ostdeutschland lediglich größer als im Westen seien (Robert Vehrkamp: Gesamtdeutsche Konfliktlinie oder neue Ost-West-Spaltung? Einwurf - Zukunft der Demokratie 03/2019. Bertelsmann Stiftung 2019).

¹⁶ Marius J. Brey für den Wahlkampfstab der LINKEN Brandenburg.

ein Abbau der Zahl von direkt im Bereich der Braunkohle Beschäftigten von 80.000 auf dann 8.000. "Diese Erfahrung und die Erfahrung der demografisch bedingten Entleerung des Raumes haben sich tief in das kollektive Gedächtnis der Region eingegraben und bei den Menschen der Region ein starkes Gefühl dafür hinterlassen, wie prekär die eigenen Lebensverhältnisse sein können."¹⁷

Nach gut anderthalb Jahrzehnten eines allmählichen Strukturwandels in Brandenburg von fossilen Energieträgern hin zu Erneuerbaren Energien steht nur der politisch gewollte vollständige Ausstieg aus der Braunkohle auf der Tagesordnung. Dem brandenburgischen Wirtschafts- und Energieministerium zufolge hängen derzeit immer noch rund 24.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Braunkohle ab.¹⁸ Nach Einschätzung von Experten wird es "zu einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit ... dieses Mal vermutlich nicht kommen, denn die demografische Entwicklung der Region weist für die Zukunft einen starken Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung aus."¹⁹ Konkret rechnet man hier mit einem bevorstehenden Abschmelzen um fast 30 Prozent. Insgesamt werde die Lausitz bis 2030 noch einmal rund 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner verlieren - nachdem die Bevölkerungszahl der Region zwischen 1995 und 2015 schon einmal um 260.000 Menschen gesunken ist.²⁰

Abbildung 21: Zuwachs der AfD-Stimmen in unterschiedlichen Regionstypen (Infratest dimap)



Angesichts des oben bereits dargestellten Zusammenhangs von Einwohnerentwicklung und AfD-Wahlergebnis überrascht es wenig, dass die AfD seit der zurückliegenden Landtagswahl in Brandenburg gerade in der Lausitz eine ihrer Hochburgen hat. Und die dürfte sich auch nicht ohne weiteres aus sich heraus auflösen.

¹⁷ Markwardt, G. u.a.: Strukturwandel in der Lausitz Wissenschaftliche Auswertung der Potentialanalysen der Wirtschaft der Lausitz ab 2010. BTU 2016, S. 8

¹⁸ <https://mwe.brandenburg.de/de/zukunft-der-lausitz/bb1.c.519985.de>

¹⁹ Markwardt, G./Zunder, S.: Strukturwandel in der Lausitz - Eine wissenschaftliche Zwischenbilanz. In: ifo Dresden berichtet 3/ 2017, S. 17

²⁰ ebd.

Doch die Fokussierung auf die Lausitz verstellt in Sachen Strukturwandel den Blick auf die umfassenden, das ganze Land und alle Branchen erfassenden Umbrüche durch Energiewende, Digitalisierung, Verkehrs- und auch Agrarwende. Brandenburg ist eines der bei der Einführung der Erneuerbaren Energien am weitesten fortgeschrittenen Bundesländer - und das macht sich in allen Landesteilen mit z.T. erheblichen Einschnitten in die Lebenswelt der Menschen bemerkbar. Die stark von agrarischen Großstrukturen geprägte Landwirtschaft wird durch das Aufbegehren gegen die Massentierhaltung und den wachsenden Druck in Richtung Öko-Landbau erschüttert. Der sich vom Berliner Süden bis hin in den Raum Halle/Leipzig erstreckende Automotive-Cluster - ein Erfolg der industriellen Entwicklung nach Neugründung des Landes - ist mit der Umstellung vom Verbrennungsmotor auf die E-Mobilität konfrontiert - und damit dem auch die Zulieferer betreffenden weitaus geringeren Arbeitskräftebedarf bei der Herstellung von Elektroautos konfrontiert. Die Digitalisierung der brandenburgischen Wirtschaft ist bereits deutlich vorangeschritten - Vorzüge der kooperativen brandenburgischen Unternehmenskultur (Rolle der Beschäftigten bei der Umgestaltung der Arbeitswelt, Teilhabe, Mitbestimmung etc.) haben es ermöglicht, dass es im Land dennoch bislang keine nennenswerten Arbeitsplatzverluste gibt.

Modernisierungsprozesse dieser Art prägen also das Leben der Menschen überall in Brandenburg und werfen elementare gesellschaftspolitische und soziale Fragen auf - und die bestimmen maßgeblich das Wahlverhalten mit. Mit der Bundestagswahl 2017 wurde deutlich, dass zu den gesellschaftlichen Konfliktlinien ("*Cleavages*"), an denen entlang sich Parteien konstituieren und entwickeln, eine neue *hinzu*getreten ist: eine Scheidelinie zwischen denen, die solchen Modernisierungsprozessen eher skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, einerseits und jenen, die diese Prozesse eher befürworten oder sie mit positiven Erwartungen verbinden, andererseits.²¹ Rekrutiert sich die Wählerschaft der AfD fast ausschließlich aus den "Skeptikern", so bilden bei allen anderen Parlamentsparteien die "Befürworter" die deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Allerdings: die elementaren gesellschaftspolitischen und sozialen Fragen, die sich mit den Umbrüchen verbinden und sich aus ihnen ergeben, haben im brandenburgischen Landtagswahlkampf von SPD, LINKEN, CDU und auch Grünen (mit Ausnahme des Klimawandels) keine Rolle gespielt. Es gab also weder ein zielgenaues positives Gegenbild zu den dunklen Stimmungen der "Skeptiker" noch auf der konkret-politischen Ebene einen zielgenauen Gegenentwurf zum völkisch-nationalistischen Angebot der AfD.

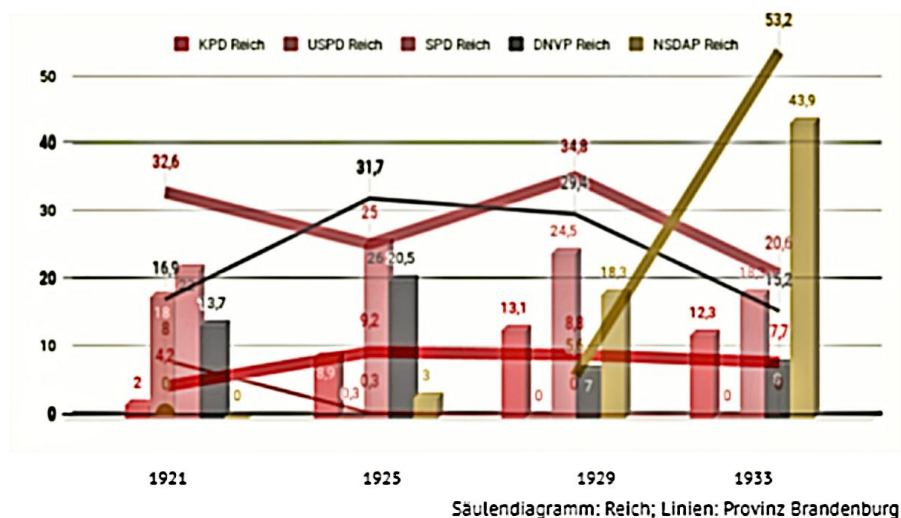
²¹ Vgl. Vehrkamp R./Wegschaidler, K.: Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, BertelsmannStiftung 2017

Lange historische Linien

Fast alles am Aufschwung der AfD ist *nicht* situativ zu klären. Vielfach führen die Linien sogar weit in die Geschichte zurück. In der Debatte um die AfD ist schon gelegentlich darauf verwiesen worden, dass sie oftmals dort besonders stark ist, wo auch die NSDAP schon früh starken Zuspruch hatte. Verfolgt man diese These für Brandenburg, so kommt man tatsächlich zu bestürzenden Ergebnissen:

Abbildung 22: Vergleich Stärke der Parteien der in Provinz Brandenburg (Wahlen zum Provinziallandtag) und reichsweit /nächstgelegene Reichstagswahl)

Vergleich Stärke der Parteien in der Provinz Brandenburg (Wahlen zum Provinziallandtag) und reichsweit (jeweils nächstgelegene Reichstagswahl):



Das heutige Brandenburg wurde von einer Hochburg der SPD Anfang und Ende der 20er Jahre binnen kürzester Zeit zu einer Hochburg der NSDAP (und - trotz starker Verluste - der DNVP). Die SPD fiel Anfang der 1930er Jahre auf den Reichsdurchschnitt zurück, während die KPD nur noch unterdurchschnittlich abschnitt. Im reichsweiten Vergleich der Wahlergebnisse vom 5. März 1933 wird dann deutlich, dass jene östlichen Reichsteile, die heute zu Brandenburg gehören, eine der drei Hochburgen der NSDAP waren - während die Nazi-Partei in den Wahlkreisen Potsdam I und II deutlich schwächer bzw. unterdurchschnittlich Stimmen gewann.²²

Während in anderen Reichsteilen Fluktuationen in die eine oder andere Richtung eintreten, verstetigt sich bis 1938 der überdurchschnittliche Zuspruch für die NSDAP im östlichen Brandenburg (wie auch im Osten des heutigen Mecklenburg-Vorpommern und im Nordosten Sachsens).²³

²² https://katapult-maga-zin.de/fileadmin/bilder/Karten_2018/Wahlen_in_Diktaturen2_Wahlergebnis_NSADAP_bei_den_Reichstagswahlen_am_5_Maerz_1933-01.png

²³

<https://www.google.com/url?sa=i&source=images&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKewj7rfeqlsPhAhUIZVAKHTD7AvcQjRx6BAgBEAU&url=http%3A%2F%2Fwww.akens.org%2Fmaterialien-zur-zeitgeschichte%2Faufsaetze%2F24-aufsaetze%2Fwahlen.html&psig=A0vVaw2raMIEccqbhZmjJh5auqGo&ust=1554904872653591>

Abbildung 23: Wahlergebnis NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933

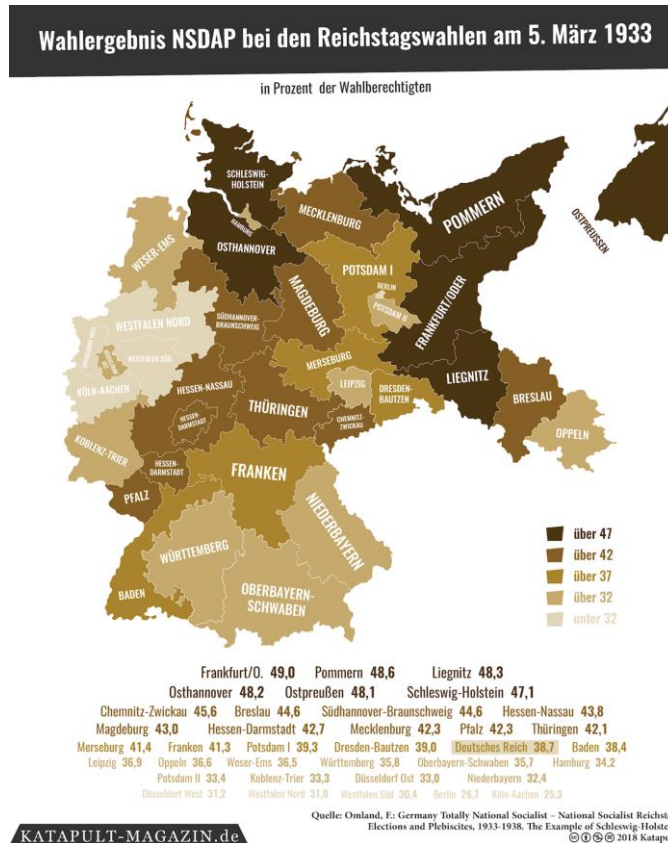
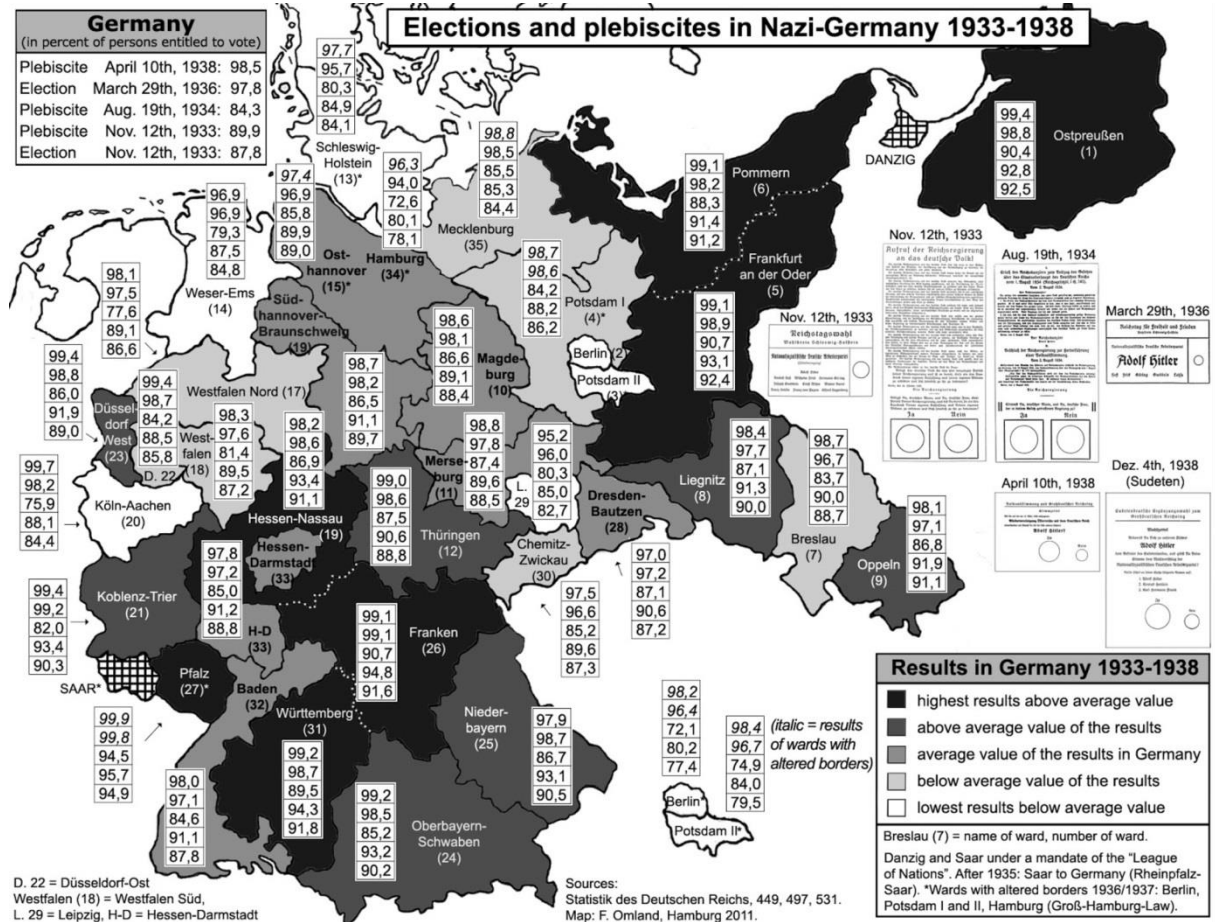


Abbildung 24: (NSDAP) Ergebnisse bei Wahlen und Plebisziten 1933-1938



In der Vorkriegszeit wird das östliche Brandenburg also zu einer besonderen Hochburg strammer Nazi-Anhänger. Es zeichnet sich etwa ein Bogen zwischen Ostvorpommern mit seinen heutigen NPD-Hochburgen bis in die Lausitz und das nordöstliche Sachsen mit seinen AfD- und Pegida-Hochburgen ab.

In einer differenzierteren Analyse machen Falter u.a. darauf aufmerksam, dass die Hochburgen der NSDAP "eindeutig in überwiegend evangelischen, wenig urbanisierten und industrialisierten Agrargebieten" lagen. Zugleich habe es bestimmte "Resistenzfaktoren" gegeben, "nämlich die relative Immunität von linkem Arbeiter- und vornehmlich agrarisch geprägtem katholischem Milieu."²⁴

Das wiederum führt uns insbesondere in die Lausitz. Hier zeigt sich, dass man sich vor schematischen Übertragungen hüten muss: "Der Nationalsozialismus traf bei den katholischen Sorben auf eine ausgeprägt geschlossene konservativ-christliche Haltung." Ihre politischen Vertretungen standen der NSDAP "deutlich zurückweisend gegenüber".²⁵ Bei den Märzahlen 1933 führte das zu folgenden Ergebnissen: "In den sorbischen katholischen Dörfern, einschließlich des katholischen Städtchens Wittichenau, stimmten 54% aller Wähler für das Zentrum. Die NSDAP wählten immerhin 29,2 % , die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 6,2%, die SPD ebenfalls 6,2% und die KPD. Der schwache Stimmenanteil für die Linksparteien ist für eine ländlich-bäuerliche Gegend nicht unüblich."²⁶

Eine einfache Linearität nationalsozialistischer Prägung ist auch in den anderen Teilen Ost-Brandenburgs, die 2019 zu Hochburgen der AfD wurden, nicht gegeben. In der Nachkriegszeit spielte insbesondere die Ansiedlung von Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten eine wesentliche Rolle. "In der Tat ist der direkte Effekt der Anwesenheit von Vertriebenen positiv und signifikant", fassen Cantoni/Hagemeister/Westcott ihre Untersuchungen zusammen und betonen, "dass mehr Vertriebene die historische Persistenz des rechten Votings schwächen."²⁷

"Die soziale Eingliederung der Flüchtlinge" allerdings, so betont Bauerkämper, "war in ländlichen Regionen Brandenburgs nicht eine geradlinige und zielgerichtete Entwicklung, sondern ein konfliktreicher und widersprüchlicher Prozess, in dem die Vertriebenen nicht nur von der Transformationspolitik des SED-Regimes erfasst wurden, sondern auch dem Assimilationsdruck der alteingesessenen Bevölkerung ausgesetzt waren." In diesem Spannungsfeld nutzten "viele Vertriebene die Integrations- und Partizipationschance, die ihnen die Bodenreform zu bieten schien. ... Viele Flüchtlingsneubauten und ihre Frauen, die der Bewirtschaftung ihrer kleinen, unrentablen und unzureichend ausgestatteten Betriebe nicht mehr gewachsen waren, begrüßten 1952 den Übergang zur Kollektivierung und schlossen sich schon früh LPG an."²⁸ Cantoni/Hagemeister/Westcott machen zudem darauf aufmerksam, dass "in einigen Regionen ... Vertreter der Nachkriegszeit Vertriebene" wa-

²⁴ Falter, J. W., & Bömermann, H. (1989). Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP. In H. Best (Hrsg.), Politik und Milieu : Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich (S. 92-118). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-337897>

²⁵ Walde, M.: Die Haltung der Lausitzer Sorben zur Weimarer Republik und zum NS-Regime im Spiegel des „Katolski Posol“. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa•Forschung 49 (20) H. 2. S. 182.

²⁶ Walde, M.: Die Haltung der Lausitzer Sorben zur Weimarer Republik und zum NS-Regime im Spiegel des „Katolski Posol“. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa•Forschung 49 (20) H. 2. S. 187f.

²⁷ Cantoni, D./Hagemeister, F./Westcott, M.: Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. Ludwig-Maximilians-Universität München | Humboldt-Universität zu Berlin. Collaborative Research Center Transregio 190. Discussion Paper No. 143. February 27, 2019. S. 18.

²⁸ Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur: Zwangsmodernisierung ... von Arnd Bauerkämper, S. 367. <https://books.google.de/books?id=6pIDHflf18C&pg=PA366&dq=Umsiedler+Brandenburg&hl=de&sa=X&ved=oahUKEwjHj4K-5cXhAhVBVIAKHZ5-DIYQ6AEILjAB#v=onepage&q=Umsiedler%20Brandenburg&f=false>

ren.²⁹

Zusammenfassend kann man wohl sagen, dass es aktive Teile der Flüchtlinge waren, die in der Nachkriegs- und DDR-Zeit ihren neuen Heimatregionen in den Transformationsprozessen voran gingen, sie mit sich zogen und zumindest zeitweilig dominant wurden - bis über den Zusammenbruch der DDR hinaus.

Die nationalsozialistische Prägung freilich war damit nicht ausgemerzt, sondern nur unter die Oberfläche verbannt, wo sie sich offensichtlich auch reproduzieren konnte und nach dem Wegfall der disziplinierenden Aspekte der DDR-Strukturen allmählich wieder aufbrachen. Zu der Frage, wie nationalsozialistisches Gedankengut und nationalsozialistische Prägungen die DDR-Jahrzehnte überstehen konnten, hat Christian Booß einige bedenkenswerte Thesen entwickelt³⁰:

- Die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten anlandenden Flüchtlinge entwickelten nicht nur spezifische Interessen, wie eben beschrieben, sondern brachten auch eine passfähige spezifische Gedanken- und Erfahrungswelt mit. "Dies war ein Bevölkerungsteil, der nicht nur ein Vertreibungstrauma erlebt, sondern 1932 mehrheitlich mindestens ebenso rechts gewählt hatte wie die Mitteldeutschen", betont Booß.
- "Die SED-Führung definierte den Faschismus als extreme Form des Kapitalismus und wählte ihn daher auf Grund ihrer radikalen Wirtschaftsreform und einer harten, aber kurzen Phase der Entnazifizierung als ausgemerzt. Die Nazis saßen demzufolge angeblich nur im Westen. Durch diese Externalisierung des NS-Problems sprachen die herrschenden Kommunisten große Teile der eigenen Bevölkerung von persönlicher Verantwortung frei, die Hitler an die Macht gewählt und dann unterstützt hatten."
- Die "Erfahrungen von Krieg und Vertreibung" beeinflussten nach Booß' Recherchen bis in die 90er Jahre hinein - vor allem bei Skinheads - "noch ihre Familiennarrative" und deren Ausrichtung..
- Rechtsextremismus überlebte aber nicht nur still in der ostdeutschen "Nischengesellschaft", sondern drängte auch immer wieder zu Tat und offenem Bekenntnis - sei es Vorfällen in der NVA, bei Eingaben an die SED-Führung, bei Attacken auf Ausländer-Heime oder auf Feiern zu "Führers Geburtstag" in abgelegenen Garten-Kneipen.
- "Anders als in der DDR machten in der alten Bundesrepublik die Menschen schon frühzeitig und lange die Erfahrung, dass Weltoffenheit, Demokratie und Wohlstand für die meisten Hand in Hand ging. In Ostdeutschland gab es nach der Vereinigung 1990 zwar eindeutige Fortschritte bei Wohnen, Infrastruktur, sozialer Absicherung, usw., aber Helmut Kohls Wohlstandversprechen wurde nach 1990 keineswegs kontinuierlich für alle Regionen, Schichten und Individuen gleichermaßen eingelöst."

Kraft und Potenzen der AfD

Aus all diesen Entwicklungen darf man nun nicht schlussfolgern, dass der AfD das Erstarken einfach so in den Schoß gefallen sei. Das wäre eine ernste Unterschätzung ihrer Kraft und ihrer Potenzen. Die Partei hat schnell Strukturen gebildet, Strategien entwickelt, an Leistungen politischer Vorläufer

²⁹ Cantoni, D./Hagemeister, F./Westcott, M.: Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. Ludwig-Maximilians-Universität München | Humboldt-Universität zu Berlin. Collaborative Research Center Transregio 190. Discussion Paper No. 143. February 27, 2019. S. 18.

³⁰ Booß, Christian: Braune Wurzeln? Thesen zu den Erfolgen des Rechtspopulismus im Osten. In: Deutschland Archiv Online, <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/296068/braune-wurzeln?rl=0.8164901363660015>

angeknüpft und konsequent an der Ausweitung ihres Einflusses gearbeitet. So ist auch die schrittweise Ausbreitung ihrer Vormachtstellung von Sachsen in die nordöstlichen Nachbargebiete kein Zufall. Engagierte Demokraten insbesondere in der Lausitz bemerkten schon seit längerem - schon vor dem Aufflammen der migrationskritischen bzw. ausländerfeindlichen Demonstrationen in Cottbus -, dass Aktivisten von Pegida und der sächsischen AfD in der Stadt und in der Region an der Formierung einer Pegida-ähnlichen Bewegung arbeiteten.

Vom Norden sickerten aus dem östlichen Vorpommern Aktivisten von NPD und auch AfD in die Uckermark ein und trafen dort auf fruchtbaren Boden.

Die Offensive der Rechten ist noch lange nicht vorbei - und die Umstände, die ihren Erfolg ermöglichen, sind noch lange nicht abgestellt.

Forsa-Chef Güllner hat nach der Landtagswahl in Brandenburg - zu recht - dazu gemahnt, das AfD-Ergebnis nicht hochzureden und die übergroße Mehrheit derjenigen, die diese Partei nicht gewählt haben, nicht aus den Augen zu verlieren: "Die übergroße Mehrheit von 86 Prozent aller Wahlberechtigten in Brandenburg aber wollte mit der AfD nichts zu tun haben: 47 von 100 Wahlberechtigten haben eine der anderen Parteien, 39 gar nicht gewählt", schrieb er und betonte dann: "Damit ist die AfD allein zahlenmäßig noch keine Volkspartei." Zudem fehle "der AfD aber auch ein entscheidendes Merkmal einer Volkspartei, nämlich dass heterogene Wählergruppen mit durchaus unterschiedlichen Interessen und Werten ... gebündelt werden".³¹

Das ist als Augenblicksbeschreibung nicht von der Hand zu weisen - zum Glück. Die AfD jedoch wird das nicht demotivieren. Ihr intellektueller Wegbereiter Kubitschek sieht "tatsächlich fast alles vorhanden für eine politische Wende in Deutschland: Wähler, Unmut, Konturen eines Programms, Mandatsträger auf allen Ebenen, eine ins Tausend gehende Mitarbeiterschaft, ein sich ausdifferenzierendes Vorfeld, Theorie, Bücher und Zeitschriften, Initiativen, Stiftungen, Begriffe, vorzeigbare Gesichter." Und er prognostiziert: "Wenn der nächste gewaltige kalte Realitätsschock in die Deutschen fährt, wird es für den Unmut ein sehr viel besser und breiter angelegtes Auffangbecken geben als noch vor vier oder fünf Jahren."³²

Das Projekt der AfD ist klar. Noch einmal Kubitschek: "Der Gegenentwurf muss auf Wir-Definition, also nationaler Identität, auf Ordnungsstaat und spürbarer Autorität, auf solidarischem Patriotismus und auf einer für die deutsche Mentalität typischen Mischung aus Leistungsgedanke und Verstaatlichung beruhen."³³

Es gibt genug Menschen in Brandenburg, in Deutschland insgesamt, die einen solchen "Gegenentwurf" nicht wollen. Sie sind die übergroße Mehrheit. Aber ausruhen darf sich auf dieser Tatsache niemand. In der Tat definiert sich die Perspektive der AfD nicht aus dem Status quo, sondern aus den offenen bzw. verlassenen Räumen, in die die Partei vordringen kann, aus der Schwäche der Wettbewerber, der strukturellen Stärke der AfD selbst und den Risiken der Zukunft. Es ist höchste Zeit, dass die Demokratinnen und Demokraten aus ihren Tagträumen erwachen, ihren Laden wieder fit machen und in die Offensive gehen.

³¹ Güllner, M: Die AfD ist auch in Brandenburg keine Volkspartei. Berliner Zeitung, 6.9.2019

³² Kubitschek, G.: Nach den Wahlen: fünf Anmerkungen - Sezession im Netz. 2. 9. 2019. <https://sezession.de/61545/nach-den-wahlen-fuenf-anmerkungen>

³³ Kubitschek, G.: Nach den Wahlen: fünf Anmerkungen - Sezession im Netz. 2. 9. 2019. <https://sezession.de/61545/nach-den-wahlen-fuenf-anmerkungen>

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Landtagswahl 2019 - Gewonnene Direktmandate.....	4
Abbildung 2: Landtagswahl 2019 – AfD-Zweitstimmenanteile in den Wahlkreisen.....	4
Abbildung 3: AfD-Zweitstimmen bei landesweiten Wahlen 2013-2019	5
Abbildung 4: AfD-Zweitstimmen LTW19 nach Geschlecht	6
Abbildung 5: Tabelle LTW19 Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht	7
Abbildung 6: Zusammensetzung Wahlberechtigte, Wähler, AfD-Wähler	7
Abbildung 7: Männer, Frauen, Altersgruppen 2014-2019	8
Abbildung 8: Wahlverhalten 18-24J 1999-2019	8
Abbildung 9: Wahlverhalten Geburtsjahrgänge 1975-1984	9
Abbildung 10: Wahlverhalten Geburtsjahrgänge 1960/65 bis 1974.....	10
Abbildung 11: Tabelle Wählerschaften nach Bildung.....	11
Abbildung 12: Stimmenanteile AfD nach Bildung 2014 und 2019.....	11
Abbildung 13: Wahlverhalten Arbeiter	12
Abbildung 14: Schrumpfen von Rot-Rot-Grün und Aufwuchs der AfD	15
Abbildung 15: SPD Brandenburg und SPD Bund	15
Abbildung 16: Landtagswahlergebnisse LINKE Ost über das jeweils letzte Jahrzehnt.....	16
Abbildung 17: Politische Stimmung 30. 5. bis 1.9.2019	18
Abbildung 18: Hiergebliebene, Rückkehrer und Zugezogene.....	19
Abbildung 19: Zweitstimmenergebnisse der AfD in Landkreisen und kreisfreien Städten	22
Abbildung 20: Einwohnerentwicklung und AfD-Ergebnis	23
Abbildung 21: Zuwachs der AfD-Stimmen in unterschiedlichen Regionstypen (Infratest dimap)	24
Abbildung 22: Vergleich Stärke der Parteien der in Provinz Brandenburg (Wahlen zum Provinziatlandtag) und reichsweit /nächstgelegene Reichstagswahl)	26
Abbildung 23: Wahlergebnis NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933.....	27
Abbildung 24: (NSDAP) Ergebnisse bei Wahlen und Plebisziten 1933-1938	27